

März 2024

Demokratie und Partizipation | Protest gegen Rechtsextremismus | Politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund | Engagement in Zahlen | Thesen-Jagd beim Wahl-O-Mat | Social Media und die Demokratie



 ECHO, RUSSLAND (IM EXIL), 18.1.2024


„In einem Moment, in dem es für das Regime sehr schlecht läuft, kann die Last der vom Volk vorgebrachten Kränkungen ziemlich gewaltig sein. So ist auch die Sowjetunion zusammengebrochen.“

 HANDELSBLATT, DEUTSCHLAND, 9.3.2023

„Georgiens Zivilgesellschaft ist bereit, für ihre Freiheitsrechte und Zugehörigkeit zu Europa auf die Straße zu gehen (...). Daran sollten sich Menschen in ganz Europa ein Beispiel nehmen.“

 DENÍK N, TSCHECHIEN, 16.9.2023

„Es ist möglich, dass die Proteste dem iranischen Regime keinen Schaden zufügen werden. Gleichzeitig ist es jedoch wahrscheinlich, dass daraus eine stärkere Zivilgesellschaft wächst.“

 BBC NEWS UKRAINA, UKRAINE, 21.11.2023

„Der Maidan ist nicht vorbei. Der Kampf für die ‚glückliche Ukraine der Zukunft‘ geht immer noch weiter.“

 LIDOVÉ NOVINY, TSCHECHIEN, 9.1.2024

„Tschechiens Premier Fiala kann froh sein, dass er Streitigkeiten mit kultivierten Ärzten oder Lehrern zu klären hat, nicht mit rauer gestrickten Bauern oder Lokführern.“

 DER STANDARD, ÖSTERREICH, 27.3.2023

„Israel hat der Welt eine Lektion in Sachen Demokratie erteilt: Die hunderttausenden Menschen, die wochenlang bei jedem Wetter auf die Straße gingen, haben gezeigt, dass Demokratie nicht bei Wahlen endet.“

 SPOTMEDIA, RUMÄNIEN, 22.1.2024

„Es besteht die Möglichkeit, dass die Demonstrationen in Deutschland die Bürger anderer Länder inspirieren und dass sich die Wahlen in ein Referendum für die Freiheit verwandeln.“

Liebe Leserinnen und Leser,

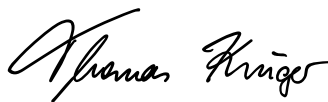
es ist eine Menge los auf den Straßen in Deutschland zu Beginn des Jahres 2024: Millionen Menschen demonstrieren für eine offene, vielfältige Gesellschaft. Andere setzen sich für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne ein, wieder andere protestieren mit Traktorkolonnen gegen die Pläne der Bundesregierung im Bereich der Landwirtschaft. All dies sind Zeugnisse einer lebendigen Demokratie, und sie verdeutlichen, welch hohes Gut die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in unserem freiheitlichen Rechtsstaat ist.

War in den vergangenen Jahren häufig die Rede von Politikverdrossenheit und Engagementmüdigkeit, zeigen aktuell viele Bürgerinnen und Bürger, dass sie bereit sind, ihre Zeit und Kraft dafür einzusetzen, ihre Anliegen und Meinungen öffentlich zu äußern und an einem guten gesellschaftlichen Miteinander mitzuwirken. Und das nicht erst seit diesem Jahr, und längst nicht nur in Form von Demonstrationen. In dieser Ausgabe des bpb:magazins richten wir den Blick auf Menschen, die sich für die Demokratie starkmachen, und auf verschiedene Formen und Orte dieses Engagements.

So sprechen wir mit dem Protestforscher Dieter Rucht über die aktuellen Proteste gegen Rechtsextremismus und für unsere Demokratie sowie die möglichen Nachwirkungen. Wir beschäftigen uns mit der politischen Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund und beleuchten Herzensprojekte von politischen Bildnerinnen und Bildnern. Außerdem erhalten Sie einen exklusiven Einblick in die Vorbereitungen für den Wahl-O-Mat zur Europawahl.

Diese Ausgabe des bpb:magazins lädt dazu ein, sich für die Demokratie und unser Gemeinwesen einzusetzen – im Großen wie im Kleinen, in der Nachbarschaft und im Internet. Zu guter Letzt möchten wir daher von Ihnen wissen: Wofür engagieren Sie sich? Und was bedeutet Demokratie für Sie?

Wir bleiben dran – tun Sie es auch!
Ihr



Thomas Krüger, Präsident der bpb



#25

März 2024

Politische Partizipation Möglichkeiten, sich aktiv einzubringen	04
»Kommunikation im Internet kann den Straßenprotest nicht ersetzen.« Protestforscher Dieter Rucht im Interview	06
Demonstration für Demokratie in Erfurt Zehn Menschen im Porträt	14
Demokratie und Engagement Zahlen und Fakten	20
Politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund	22
Was habe ich letzte Woche für die Demokratie getan? Plakat zum Herausnehmen	26
Politische Bildner und ihre Herzensprojekte Fünf Praxisbeispiele	28
Die Thesen-Jagd Wahl-O-Mat-Workshop zur Europawahl	32
Soziale Medien und die Demokratie Über Meinungsbildung und politische Beteiligung	36
Serviceteil	
Veranstaltungen	42
Online-Angebote	44
Publikationen	46
Schreiben Sie uns / Impressum	50

Politische Partizipation

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Sie lebt davon, dass möglichst viele Menschen mitmachen und sich aktiv beteiligen. Es gibt viele verschiedene Möglichkeiten, die eigene Meinung einzubringen, für seine Interessen einzutreten und sich politisch zu engagieren. Eine Auswahl.

Partei

Parteien haben eine besondere Rolle bei der politischen Willensbildung (Art. 21 GG). Sie sind das wichtigste Instrument zur Bündelung und Vermittlung der politischen Ziele von Einzelpersonen und Gruppen. Die Bürger/-innen können neue Parteien gründen oder Mitglied in einer Partei werden und für Parteiämter kandidieren. So können sie gestalten den politischen Einfluss gewinnen.



Kandidatur

Um einen Sitz in einem Parlament zu bekommen, muss man sich zur Wahl stellen, entweder auf der Liste einer Partei oder als parteilose Kandidatin oder parteiloser Kandidat. Auch auf kommunaler Ebene kann man für wichtige Ämter kandidieren, zum Beispiel als Bürgermeister/-in. In kleineren Gemeinden ist diese Aufgabe oft ein Ehrenamt.

Wahl

Die Teilnahme an Wahlen ist die am häufigsten genutzte Form der politischen Beteiligung. Die Bürger/-innen wählen Parteien und Abgeordnete, die sie im Parlament repräsentieren und die ihre Anliegen vertreten sollen. Der Deutsche Bundestag wird in der Regel alle vier Jahre gewählt, die Landesparlamente mehrheitlich alle fünf Jahre, nur in Bremen dauert die Legislaturperiode vier Jahre. Kommunalwahlen finden alle vier, fünf oder sechs Jahre statt. Das Europaparlament wird alle fünf Jahre gewählt.



Bürgerentscheid

Ein Bürgerentscheid ist eine Abstimmung über einen konkreten Politikgegenstand auf kommunaler Ebene – zum Beispiel den Ausbau eines Flughafens oder die Sanierung eines Hallenbades. Der Bürgerentscheid wird entweder durch ein Bürgerbegehren oder durch eine Vorlage der kommunalen Volksvertretung zur Abstimmung gebracht. Für ein Bürgerbegehren sammeln engagierte Bürger/-innen eine Mindestanzahl an Unterstützungsunterschriften von Wahlberechtigten. Auf Landes- oder Bundesebene nennt man die direkten Abstimmungen Volksentscheide. Auf Bundesebene sind sie allerdings nur bei einer Neugliederung des Bundesgebietes vorgesehen, und dann nur in den betroffenen Ländern. Dagegen ist in einigen Ländern die Möglichkeit der Volksentscheide gesetzlich fest verankert.

ion

Bürgerrat

In den professionell moderierten Veranstaltungen entwickeln Menschen mit unterschiedlichen sozialen und beruflichen Hintergründen und aus verschiedenen Generationen Handlungsempfehlungen zu konkreten politischen Herausforderungen. Ihre Ergebnisse werden in einem Bürgergutachten zusammengefasst und an die Parlamente und Gemeinderäte übermittelt. Da Mitglieder des Bürgerrats zufällig ausgewählt werden und somit kein Mandat aus der Bevölkerung haben, sind ihre Empfehlungen formal unverbindlich. Doch sie werden häufig bei politischen Entscheidungen berücksichtigt. Bürgerräte gibt es sowohl auf kommunaler, aber auch auf Landes- und Bundesebene.

Beschwerde

Alle Menschen haben das Recht, gegen Entscheidungen von Gerichten (Beschlüsse, Verfügungen, Anordnungen) eine förmliche Beschwerde einzulegen. Auch vor dem Bundesverfassungsgericht und vor Landesverfassungsgerichten können Beschwerden eingelegt werden, wenn man sich in seinen Grundrechten oder bestimmten grundrechtsgleichen Rechten, zum Beispiel durch bestehende Rechtsnormen, Verwaltungshandeln oder Gerichtsentscheidungen, verletzt sieht.



Bürgerinitiative

Bürgerinitiativen sind Zusammenschlüsse einzelner Bürger/-innen und Bürgergruppen, meist auf kommunaler Ebene. Es handelt sich in der Regel um parteiunabhängige Interessenvertretungen. Ihr Hauptziel ist es sehr häufig, Aufmerksamkeit für ihre Position oder Forderung zu erzeugen, etwa hinsichtlich der Beseitigung einer Gefahr oder eines Missstands. Oft initiieren sie weitere basisdemokratische Referenden wie Volksinitiativen, Bürgerbegehren oder Bürgerentscheide.



Bürgerbeteiligung vor Ort

Vor allem auf kommunaler Ebene gibt es viele Möglichkeiten, sich auch jenseits von Parteipolitik an politischen Prozessen zu beteiligen. Man kann sich zum Beispiel bei Informations- und Dialogveranstaltungen zu Wort melden, an Verfahren zum Bürgerhaushalt teilnehmen oder sich bei Runden Tischen, Schlichtungsverfahren, Steuerungsgruppen oder Kommissionen zu einem bestimmten Thema vor Ort einbringen.

Demonstration

Das Grundgesetz garantiert allen Deutschen das »Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln« (Art. 8 GG). Dieses Grundrecht soll garantieren, dass sich die Bürger/-innen treffen und über politische Fragen austauschen können. Eine geplante Demonstration im öffentlichen Raum muss spätestens 48 Stunden vor Beginn bei der Polizei angemeldet werden. Spontane Versammlungen und solche in geschlossenen Räumen sind davon ausgenommen.

Petition

Bürger/-innen können eine Petition, also eine Eingabe (eine Bittschrift, ein Ersuchen oder eine Beschwerde), an die zuständigen Stellen oder auch an den Deutschen Bundestag richten. Meist wird darin die Beseitigung eines Missstandes gefordert. Im Bundestag prüft der Petitionsausschuss die Eingaben und fordert gegebenenfalls Informationen von Behörden ein. Er kann abschließend das Parlament auffordern, sich der Petition anzuschließen.





Protest gegen Rechtsextremismus am 27. Januar 2024 in Düsseldorf

»Kommunikation im Internet kann den *Straßenprotest* nicht ersetzen.«

→ Interview Sebastian Haak

Nachdem über Jahre hinweg insbesondere Anhänger der extremen Rechten auf Deutschlands Straßen demonstriert hatten, protestierten in den vergangenen Wochen Millionen Menschen gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus. Der Protestforscher Dieter Rucht spricht über das Typische dieser jüngsten Demonstrationen und die Effekte für das politische Klima in Deutschland wie auch über die Rolle der politischen Bildung.

Herr Rucht, seit Anfang Januar bekannt wurde, dass hochrangige AfD-Vertreter in einem Hotel nahe Potsdam mit Rechtsextremisten zu einem Treffen zusammenkamen, auf dem ein Thema offenbar war, wie sich Menschen mit Migrationshintergrund massenhaft außer Landes drängen ließen, gehen regelmäßig Zehn- oder sogar Hunderttausende Menschen gegen diese Partei und einen Rechtsruck in Deutschland auf die Straße. Wie nachhaltig sind diese Proteste? Ich habe gerade eine erste Bestandsaufnahme zu dieser Protestwelle gemacht. Die zeigt mir: nicht sehr nachhaltig. Die Proteste flachen bereits wieder ab, sie scheinen ihren Höhepunkt überschritten zu haben, der in der vierten Kalenderwoche lag.

Also zwischen dem 22. und 28. Januar. Überrascht Sie das, oder ist das typisch für solche Proteste? Das ist typisch. Wenn ohne große Vorbereitung viele Menschen zusammenkommen, sind solche Aktionen nicht wirklich nachhaltig. Das Gros der Menschen bleibt nach der zweiten oder dritten Demonstration zu Hause.

Zahlreiche Politikerinnen und Politiker haben in den vergangenen Wochen davon gesprochen, die Proteste gegen rechts und für die Demokratie seien ein Ausweis dafür, dass

die Mehrheit der Bevölkerung nun endlich ernst nehme, wie bedroht die Demokratie in diesem Land sei, die Mehrheit der Deutschen sei nun endlich aufgewacht. Wenn ich weiterdenke, was Sie sagen, werden jene, die sich so geäußert haben, bald ziemlich enttäuscht sein... Niemand kann erwarten, dass durch ein relativ kurzzyklisches Protestieren ein struktureller Effekt für die Bundesrepublik zu verzeichnen ist – auch wenn in Summe bislang ungefähr dreieinhalb Millionen Menschen auf der Straße waren, was schon sehr beachtlich ist.

Aber genau diese Erwartung hat es doch gegeben. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier etwa hat Ende Januar gesagt: »Die Demokraten in unserem Land sind aufgestanden.« Wenn man etwas erwarten kann von dieser Protestwelle, dann, dass sich ein Teil der Leute – und ich betone, es wird eher der kleinere Teil der Protestierenden sein – auch längerfristig in lokalen Strukturen engagiert; also nicht nur auf die Straße geht, sondern überlegt, wie sich vor Ort Netzwerke bilden lassen, aus denen heraus zum Beispiel auch Veranstaltungen organisiert werden können, mit deren Hilfe sich die Demokratie stärken lässt. Von dieser kontinuierlichen Arbeit – die eine sehr mühevollen Kärnerarbeit

»Wir wissen noch nicht, welche längerfristigen und wenig spektakulären Sickereffekte aus diesen *Protesten* folgen werden, vielleicht auch erst in einigen Jahren.«

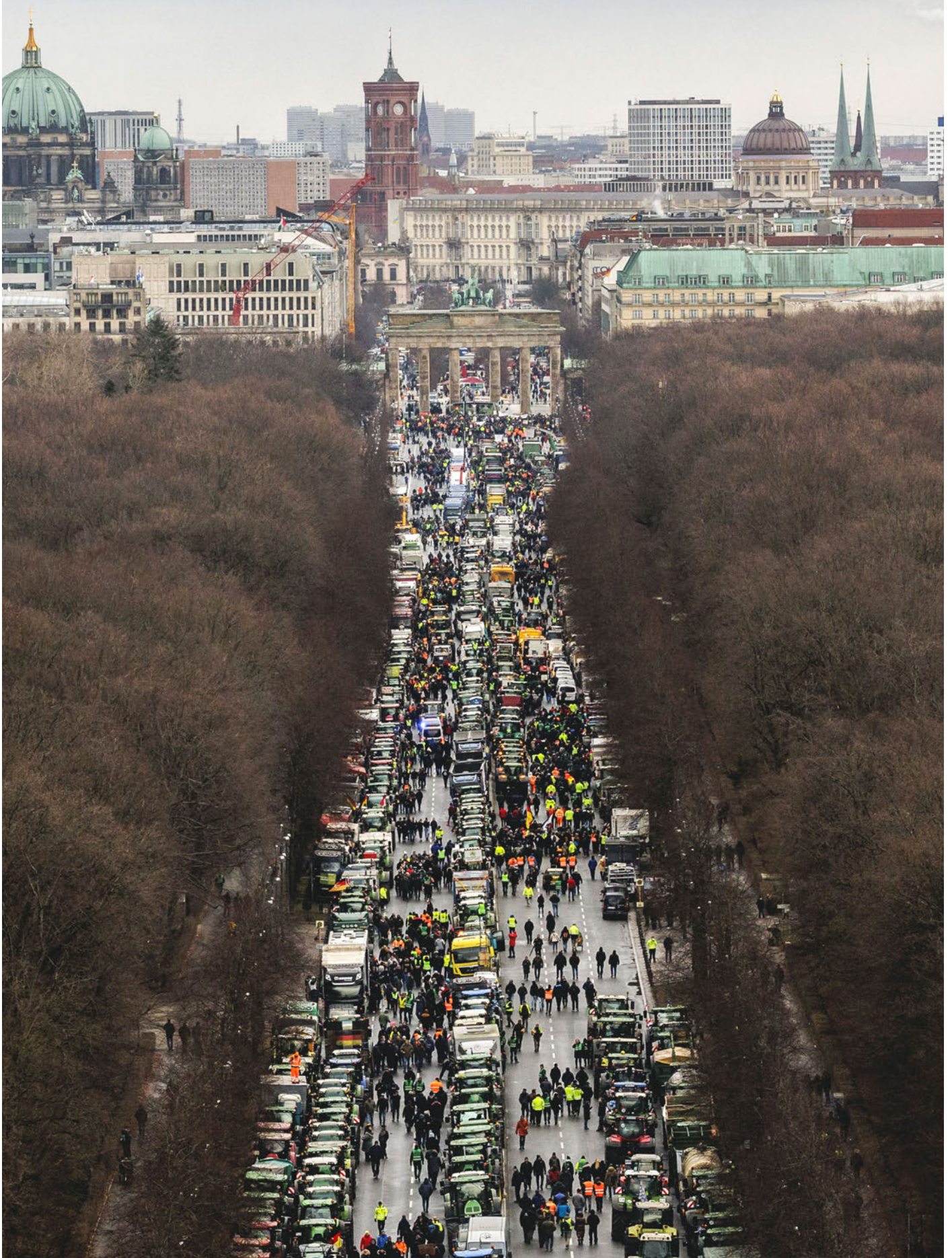
ist, die kaum beklatscht wird – erwarte ich mir auf lange Sicht viel mehr als von den kurzzeitig aufflammenden Protesten von Hunderttausenden oder gar Millionen.

Also zeigt sich in den hochfliegenden Hoffnungen aus den vergangenen Wochen vor allem, wie naiv so mancher in der Politik mit gesellschaftlichem Protest umgeht? Diese Sicht scheint mir zu harsch... Natürlich waren viele Hoffnungen überzogen. Aber, noch einmal: Wir wissen noch nicht, welche längerfristigen und wenig spektakulären Sickereffekte aus diesen Protesten folgen werden, vielleicht auch erst in einigen Jahren. Sicherlich feiert sich ein Teil der Protestierenden selbst als Retter der Demokratie. Da entsteht zum Teil auch so eine Art Selbstberauschung. Doch unter den Organisatoren dieser Proteste sind auch Menschen, die wissen, dass es da kaum nachhaltige Effekte geben wird – und die deshalb umso mehr bereit sind, sich auch langfristig zu engagieren.

Wer ist nach Ihrer Beobachtung bei den Kundgebungen gegen den Rechtsruck überhaupt auf die Straße gegangen? Ich glaube, wir sehen hier eine Verbreiterung des demonstrationserfahrenen, eher linksorientierten und schon zuvor stark engagierten prodemokratischen Kernmilieus – allerdings in einem begrenzten Umfang. Da sind bestimmt auch Menschen mit dabei, die vorher noch nie oder nur selten demonstriert haben. Aber eben auch viele, die häufiger protestieren. In vielen Medien

wird über diese Proteste gegen Rechtsextremismus gesagt, dass ein Querschnitt der deutschen Bevölkerung auf der Straße sei, von jung bis alt, quer durch alle sozialen Schichten, über die politischen Lager hinweg. Das mag dem Selbstbild entsprechen, das ein großer Teil der Protestierenden von sich hat und das von vielen Medien bereitwillig gespiegelt wird. Mein Verdacht aber ist – und da stütze ich mich nicht nur auf mein Bauchgefühl, sondern auch auf erste Ergebnisse einer Befragung unter Protestierenden im Südwesten Deutschlands –, dass hier überwiegend Menschen auf der Straße sind, die sich politisch links von der Mitte verorten. Nicht notwendigerweise links außen. Aber schon links der Mitte. Mich erinnert das an eine große Demonstration gegen den Irak-Krieg am 15. Februar 2003. Damals waren in Berlin ungefähr 500.000 Menschen unterwegs. Wir haben Protestierende vor Ort zu ihrer politischen Einstellung befragt. Das Ergebnis: Damals war vor allem eine linke, politisch bereits engagierte Klientel auf der Straße, während viele Medien zu wissen meinten, hier sei ein Querschnitt der Bevölkerung unterwegs.

Auf deutschen Straßen scheint es seit einigen Jahren wieder sehr voll zu sein: aktuell die Proteste gegen Rechtsextremismus, parallel dazu die Bauernproteste. Zudem versammeln sich seit 2015 Rechtsextremisten, Rechtspopulisten, Reichsbürger und Verschwörungsideologen immer wieder zu großen Demonstrationen. Erleben wir seit etwa der Mitte der 2010er-Jahre eine Renaissance der klassischen Großdemonstration als Mittel des Protests? Wir erleben gerade eine Situation, in der eher durch Zufall ganz unterschiedliche Gruppierungen – die Bauern, die Lokführer, das Kita-Personal, die Anti-AfD-Protestierenden – ihre Forderungen ziemlich zeitgleich auf die Straße tragen.



Bauernprotest am 15. Januar 2024 in Berlin



Gedenkdemonstration am 17. Februar 2024 in Hanau

»Das Geschehen auf der Straße und auch der politische Diskurs werden sich eher noch *zuspitzen*.«

Aber das ist doch der Punkt: Sie alle gehen wieder auf die Straße. Im 21. Jahrhundert ließe sich Sichtbarkeit doch auch anders erzeugen, über die sozialen Medien zum Beispiel. Dennoch scheint es seit ein paar Jahren wieder angesagt zu sein, sich mit Schildern oder Transparenten auf die Straße zu stellen. Derlei Proteste gab es in den 1990er- oder 2000er-Jahren doch nicht in dieser Vielzahl und Größenordnung, oder? Solche großen Kundgebungen, wie sie etwa die Friedensbewegung in den 1980er-Jahren organisiert hatte, gab es lange nicht mehr in Deutschland, das stimmt. Aber das liegt weniger daran, dass das Protestgeschehen auf der Straße insgesamt abgenommen hätte, sondern eher daran, dass Proteste zunehmend kleinteiliger ausfallen. Die Anliegen sind spezifischer geworden. Aber wenn man die Summe aus diesen vielfältigen Anliegen und Protesten bildet, hatten wir in Deutschland in den vergangenen Jahren, wie auch jetzt, ein erhebliches Protestgeschehen auf der Straße. Das zeigt: Die Kommunikation im Internet kann offenkundig den Straßenprotest nicht ersetzen.

Wenn wir nun sehen, dass seit Wochen Menschen auf die Straße gehen gegen rechtsextreme und rechtspopulistische Positionen, es aber gleichzeitig auch Proteste aus dem rechten Milieu gibt. Wozu führt das? Zu einer noch stärkeren Polarisierung der Gesellschaft? Ich denke, das kann man behaupten. Die Konstellation, die wir gerade erleben, wird zu einer Verhärtung der Fronten, zu einer Schärfung der verschiedenen Positionen führen.

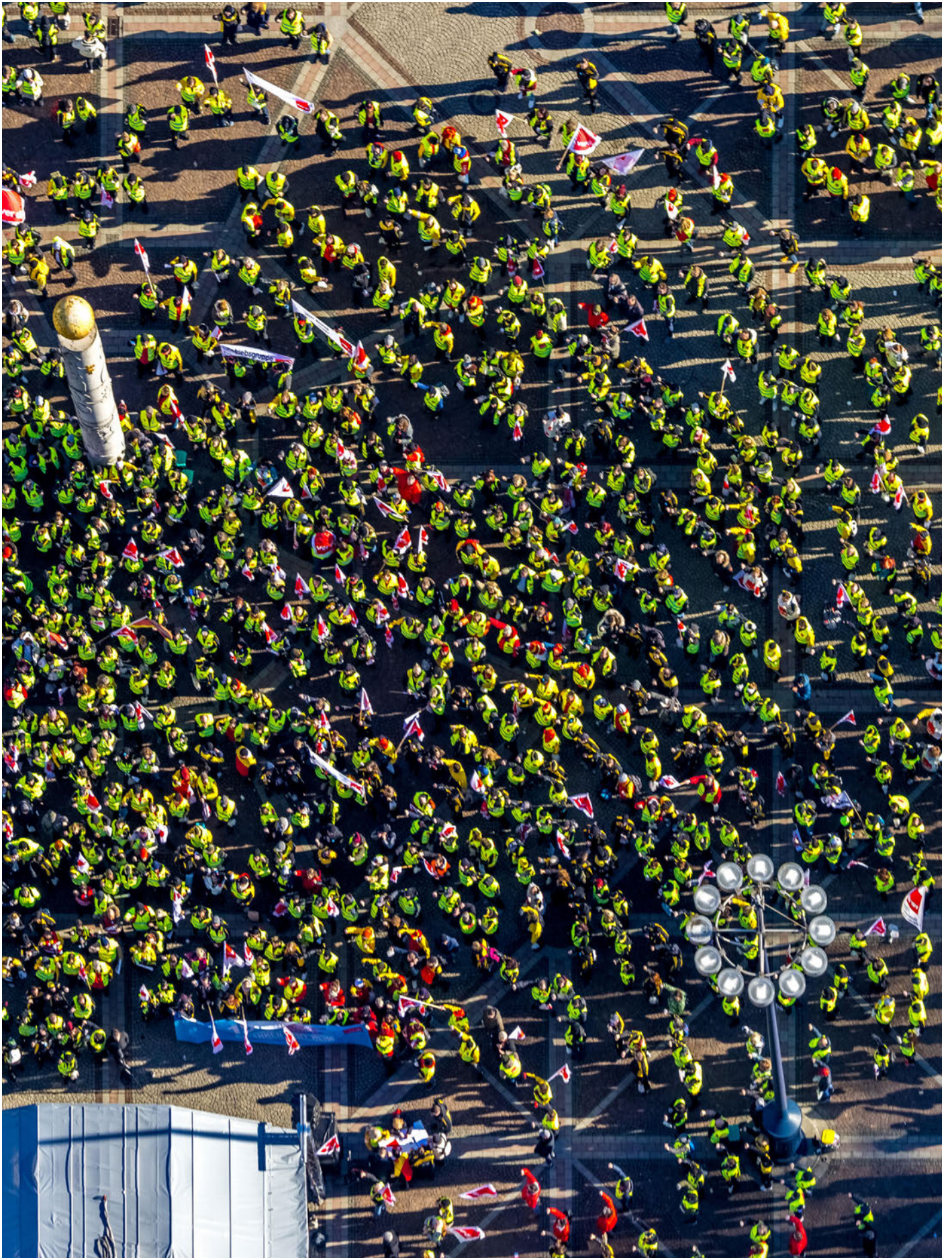
Zu einer Verhärtung der Fronten? Keiner Schwächung von rechtsextremen oder rechtspopulistischen Positionen? Die politische Rechte ist auch in Deutschland inzwischen so stark und selbstbewusst, dass sie nicht klein begeben wird, weil es nun große Proteste gegen sie gibt. Ein Kollege von mir hat beispielsweise gesagt, die AfD werde nun in Panik verfallen, weil es so viele Demonstrationen gegen sie gebe. Das sehe ich genau

andersherum. Die AfD wird eher sagen: Wir sind stark, und dass es diese Proteste gegen uns gibt, zeigt, wie stark wir sind, welche Angst die anderen vor uns haben.

Also zementieren sich in Deutschland über diese Proteste gerade politische Lager und gesellschaftliche Gegensätze ... Das klingt mir zu hart, so als würde es da keinerlei Bewegungsmöglichkeiten für Einzelne zwischen den verschiedenen Lagern geben. Aber das Geschehen auf der Straße und auch der politische Diskurs werden sich eher noch zuspitzen. Ich will jetzt nichts Dramatisches an die Wand malen, aber auf mehr Konflikte, mehr Konfrontationen und eine weitere Verschärfung im Ton werden wir uns einstellen müssen; gerade auch mit Blick auf die anstehenden Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg im September.

Das lässt natürlich die Frage umso gewichtiger erscheinen, wie man überhaupt noch an Menschen herankommt, die im antidemokratischen Milieu angekommen sind. Das wird sehr schwer werden.

Warum? Es wird immer die eine oder andere Person geben, die vielleicht in Richtung Rechtsextremismus tendiert, aber dort noch nicht angekommen ist. Solche Menschen wird man vielleicht noch erreichen können. Ebenso den einen oder anderen, der zuletzt zwar die AfD gewählt hat, aber inzwischen doch daran zweifelt, ob das richtig war. Ich denke da zum Beispiel an Menschen, die sich sagen: Wenn ich jetzt mit meinen Kindern



Poststreik am 7. Februar 2023 in Dortmund

in Syrien im Elend leben müsste, würde ich mich auch auf die Flucht begeben, selbst wenn ich grundsätzlich kritisch gegenüber Zuwanderung bin. Wir reden hier aber über den kleineren Teil der Menschen aus diesem Spektrum, die da rauszuholen wären. Aber nicht mit einer singulären Diskussion. Nicht mit einem einzigen Argument. Solche Menschen wieder für demokratische Positionen zu gewinnen, wird Monate, vielleicht Jahre dauern.

Und das Gros derjenigen, die glauben, sie würden in dieser Republik in einer Diktatur leben, und sie müssten Widerstand leisten? Das Gros dieser Menschen wird bei der Stange bleiben, sich vielleicht sogar fester zusammenschließen als bisher. Sie werden immer kompakter und gleichzeitig selbstbewusster auftreten. Das ist eine Entwicklung, die wir im Grunde schon seit 15 Jahren beobachten. Das wird weitergehen.

Ist es auch ein Versagen von politischer Bildung in Deutschland, dass es überhaupt so weit kommen konnte, dass sich ein erheblicher Teil der Menschen in dieser Republik so sehr von der Demokratie abgewendet hat? Immerhin hat sich dieses Land in den vergangenen Jahrzehnten ja viel darauf eingebildet, aus der Zeit des Nationalsozialismus die richtigen Lehren gezogen zu haben, auch, indem die politische Bildung so hochgehalten wurde. Das ist auch ein Versagen der politischen Bildung, aber nicht nur.

Das heißt? Die politische Bildung kann und konnte nie alles allein richten. Einerseits müssen wir uns klarmachen, dass manche – zum Beispiel junge Menschen, die die Schule mit einem Hauptschulabschluss verlassen – ja kaum Berührungspunkte mit Angeboten der politischen Bildung haben. Andererseits gab und gibt es immer wieder politische Diskussionen, ob in diesem Bereich nicht gespart werden sollte, etwa durch Kürzungen bei der Bundeszentrale für politische Bildung, was in meinen Augen der völlig falsche Ansatz ist. Wir müssten mehr in die politische Bildung investieren, nicht weniger.

Und jenseits solcher Investitionen: Was muss passieren, um wieder mehr Menschen für die Demokratie in diesem Land begeistern zu können, eben auch jenseits von Protesten?

Da müssen ganz viele mitmachen: die Elternhäuser, die Schulen, aber auch die Zivilgesellschaft, die Politik, eigentlich jede und jeder Einzelne. Wer sich rechtsradikale Sprüche über Ausländerinnen und Ausländer anhört und dazu schweigt, der trägt dazu bei, dass antidemokratische Positionen salonfähig werden oder bleiben. Und es fehlt auch an Zivilcourage. Ich will hier gar nicht den moralischen Zeigefinger erheben. Aber wenn wir uns fragen, wer die Schuld daran trägt, dass es inzwischen so breit getragene, antidemokratische Proteste gibt, und wie wir dagegen ankommen können, dann trägt jede und jeder Einzelne von uns auch Verantwortung. Es reicht nicht, auf die Politik oder die Institutionen zu zeigen und darauf zu warten, dass sich dadurch die Dinge verändern.


Dieter Rucht, Soziologe und Protestforscher, war von 2005 bis 2011 Co-Leiter der Forschungsgruppe Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.



Zeitbild

PROTEST. Deutschland 1949–2020

Wer protestiert zu welchen Themen, und wie wird protestiert? Der reich bebilderte Band bietet einen umfassenden Blick auf Protest und seine Geschichte in Deutschland. Ein Text von Dieter Rucht thematisiert das Verhältnis von Protest und Demokratie, weitere Beiträge zeigen Beispiele einiger der wichtigsten Proteste und porträtieren engagierte Menschen.

 2021, Bestell-Nr. 3934
7 €

FLAGGE ZEIGEN

Inmitten der aktuellen politischen Debatten versammeln sich immer mehr Menschen, um ihre Vision eines fortschrittlichen, demokratischen und weltoffenen Deutschlands zu verteidigen. So auch Ende Februar in Erfurt. Wir haben mit einigen Demonstrierenden gesprochen.

→ Aufgezeichnet von **Florian Sturm** → Fotos **Thomas Victor**



**Beate, 68 Jahre,
ehemalige Dorfpfarrerin**

Ich war schon 1989 bei den Demos dabei. Diese ist jetzt meine dritte in relativ kurzer Zeit. Als ich hier das letzte Mal vor vier Wochen mit knapp 10.000 anderen Leuten auf die Straße ging, war das ein schönes Gefühl. Auch deshalb bin ich heute wiedergekommen. Es ist ungemein wichtig, zusammenzukommen und sich zu verständigen, dass mitnichten alles nur schlimm ist. Die Minderheit macht aktuell so einen Krach und gibt eine blöde Richtung vor. Die Demos zeigen, dass es diese entspannte, freundliche und offene Mehrheit in der Bevölkerung nach wie vor gibt. Und diese Mehrheit muss gesehen werden.

Die Polarisierung, die wir seit einigen Jahren erleben, ist traurig, erschreckend und beängstigend. Die Parallele zur Weimarer Republik ist schon merkwürdig. Doch ich erlebe auch positive Entwicklungen für die Demokratie. Viele Entscheidungen, die in der Politik getroffen werden, trage ich gern mit, beispielsweise in der Klimapolitik. Dort passieren gerade sehr wichtige Weichenstellungen. Insgesamt habe ich das Gefühl, dass die Leute wieder wacher werden. Sie rücken zusammen und erheben ihre Stimme.



Romy, 18 Jahre, Schülerin

Es ist wichtig, zu Veranstaltungen zu gehen, die unsere Demokratie fördern und bewahren. Je mehr Leute kommen und zeigen, dass sie sich genau dafür einsetzen, desto mehr Eindruck macht es. Wie viel das am Ende bewirkt, ist eine andere Frage. Deswegen sollte man sich auf jeden Fall auch anderweitig engagieren.

Wenn ich an die Zukunft denke, habe ich viele Ängste, und das Gefühl, dass wir als junge Generation machtlos sind. Viele ältere Menschen in Deutschland interessieren sich nicht für die Probleme, die Leute in meinem Alter sehen. Deshalb sind es oft die jungen Menschen, die mir Hoffnung geben. Ich kenne viele, die wirklich etwas verändern wollen und sich für eine bessere Zukunft einsetzen.

Elena, 44 Jahre, Berufsschullehrerin

Ich engagiere mich meistens im Internet und nehme an Online-Abstimmungen teil. Neben Familie, Beruf und Alltag bleibt mir nicht viel Zeit, auf Demos zu gehen. Doch gerade in letzter Zeit gehe ich häufiger hin. Es ist wichtig, Gesicht zu zeigen. Den braunen Mächten, die denken, sie wären ganz laut, ganz stark und ganz viele, zu signalisieren, dass sie genau das nicht sind.

Vom Gefühl her ist das Zusammenleben in Deutschland in den letzten Jahren nicht besser geworden. Es geht häufig um Angstschürierei: Arbeitslosigkeit, Ausländer und Flüchtlinge. Das nutzen einige Parteien für sich aus. Trotzdem hoffe ich, dass den Menschen, die ihr Herz und ihren Verstand am richtigen Platz haben, bewusst wird: Jetzt sind wir gefragt.



Thomas, 47 Jahre, Sozialarbeiter

Ich bin hier, weil es nicht so weitergehen kann, wie es gerade in Deutschland läuft, dass die Rechten so viel Raum einnehmen und die Medien vor sich hertreiben. Wir als Gesellschaft sind viel breiter und bunter als das, was überall in den Medien berichtet wird. Das mit der Teilnahme an einer Demo zu zeigen, ist unsere Pflicht. Die Nazis werden durch solche Demos nicht einfach verschwinden. Aber sie müssen sehen: Wir sind da, wir stellen uns dieser Situation. Ich denke, das wird ein langer Weg werden. Ein Weg, den ich begleiten werde.

Ich bin nicht der klassische Demogänger, doch wenn die Rechten hier in Erfurt sind, bin ich auf der Gegenseite immer mal dabei. Genauso vor zwei Monaten, als ich mit vielen anderen hier vor dem Thüringer Landtag für die Verabschiedung des Landeshaushalts demonstriert habe. Das ist für mich beruflich ein wichtiges Thema.



Viktor, 45 Jahre, Ingenieur

Wir hatten endlich wieder Zeit, auf eine Demo zu gehen. Im normalen Alltag ist das tatsächlich eine Herausforderung. Umso besser, wenn wirklich viele Leute auf Veranstaltungen wie dieser sind. Das zeigt, wie viele Menschen das Problem erkannt haben: Leute, die wie ein Wolf im Schafspelz daherkommen und etwas von Demokratie schwafeln, aber im Hintergrund mit Rechtsextremen kollaborieren und sich deren Parolen auf ihre Fahnen schreiben. Da werden für komplexe Zusammenhänge oft einfache Formeln genannt. Die lassen plötzlich alles sehr klar erscheinen, sind aber eigentlich irreführend. Wenn wir daran denken, was Demonstrationen bewirken können – beispielsweise in den Sechzigerjahren gegen den Vietnamkrieg, da fragt man sich schon: Wer weiß, wie der Krieg ausgegangen wäre, wenn nicht so viele Leute auf die Straßen gegangen wären um zu sagen: Was dort passiert, ist nicht in Ordnung.

Maria, 41 Jahre, Hebamme

Wir sind hier, weil die AfD keine Alternative ist. Bis zu den Landtagswahlen in Thüringen bleibt nicht mehr viel Zeit, und wenn die AfD an die Macht kommt, können wir einpacken. Ich gehe nicht regelmäßig auf Demos, aber die Umfragewerte der letzten Zeit haben mich alarmiert. Da kann ich nicht stillschweigend zu Hause sitzen.

Es ist erschreckend, wie präsent der Alltagsrassismus inzwischen ist. Kleinste Bemerkungen reichen aus, um eine Gesellschaft zu spalten. Doch wir sind nun mal keine homogene Masse – und das ist auch gut so. Wie mehr Demokratie und Teilhabe gelingen kann? Da wäre nicht nur die Politik, sondern auch die Medien gefordert, die Menschen nicht weiter zu verunsichern und in Gruppen zu spalten, die eigentlich zusammengehen könnten.

Jürgen, 68 Jahre, Pensionär

Ich habe Angst, dass der Faschismus in Deutschland wiederkommt. Ich war Polizeibeamter im Westen wie im Osten. Ich weiß, was eine Diktatur und was eine Demokratie ist. Für die Demokratie muss man auf die Straße gehen. Als ich 1989 das Parteibuch weggelegt habe, habe ich gesagt: Nie wieder gehe ich in eine Partei, ich halte mich aus allem raus. Aber diese ganzen Ereignisse jetzt mit der AfD – da kann ich mich nicht raushalten, sondern muss mich engagieren.



Erika, 64 Jahre, Rentnerin

Mein Mann und ich sind sonst nicht zu Demos gegangen. Aber das Thema mit der AfD interessiert uns, und wir wollen etwas dagegen tun. Was hier bei der Kundgebung gesagt wird, ist zwar alles richtig, aber erst effektiv, wenn ich – und viele andere – bei der nächsten Wahl unser Kreuz entsprechend setzen.

Meine größte Sorge ist, dass die AfD noch mehr Stimmen bekommt – erst in Thüringen und im kommenden Jahr auch im Bundestag. Das ist sehr gefährlich. Die Vergleiche zu 1933 wurden ja schon oft gezogen. Auch, was in Russland gerade geschieht, erinnert sehr an die Zeit von damals. Ich habe Angst, dass sich die Geschichte wiederholt. Wer Enkelkinder hat, fragt sich vermutlich: Haben die überhaupt noch eine Zukunft?

Toni, 43 Jahre, Leiter des Amtes für Soziales

2024 ist ein Superwahljahr, insbesondere hier in Thüringen. Für die meisten ist das eine angespannte Situation. Auch ich blicke mit einem unguuten Gefühl auf die nächsten Wahlen. Deshalb ist es umso wichtiger, dafür einzustehen, dass jeder Mensch wertvoll ist und alle Menschen gleich sind. Wählen zu gehen, ist eine Option für demokratische Teilhabe. Doch man muss auch öffentlich zeigen, dass es um Werte geht. Um Menschlichkeit. Das muss wieder stärker ins Bewusstsein der Bevölkerung rücken.

Demonstrationen sind dabei ja nur ein Aspekt von gesellschaftlicher Teilhabe. Engagement kennt noch zahlreiche weitere Formen, beispielsweise das Ehrenamt. Und in Deutschland gibt es sehr viele, die sich da einsetzen.



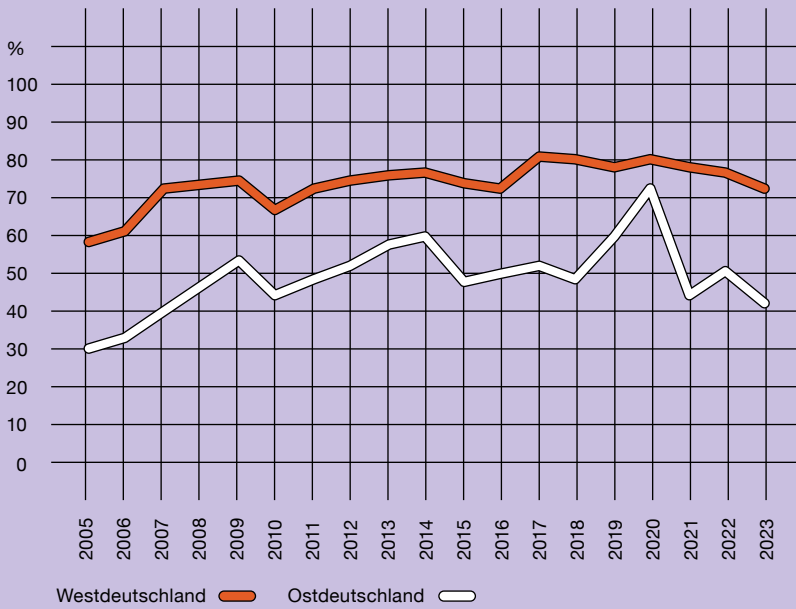
Salbe, 17 Jahre, Schüler

Ich bin hier, weil es so nicht weitergehen kann mit dem Faschismus in Deutschland und weil ich merken musste, dass Deutschland nicht aus der Geschichte lernt. Schon 1933 wurde der Faschismus gewählt, und jetzt wählen ihn die Leute wieder. Dagegen will ich ein Zeichen setzen.

Wer auf solche Demos geht, signalisiert: Wir sind mehr als die anderen. Wir stehen zusammen. Vielleicht erkennen dann einige, dass sie auf der falschen Seite stehen. Solche Aussteiger gibt es ja immer wieder. Ich möchte später in einer Organisation arbeiten, die diesen Menschen hilft.

Von der Demokratie in Deutschland spüre ich in letzter Zeit nicht mehr viel. Stattdessen werden von der Politik Dinge entschieden, an denen ich nicht mehr teilhabe. Ich würde aber gern mehr teilhaben. Manchmal denke ich, der Regierung würde nur noch eine Herzdruckmassage helfen.

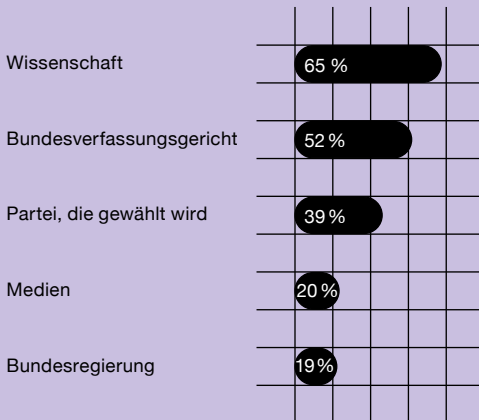
Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland 2005–2023¹



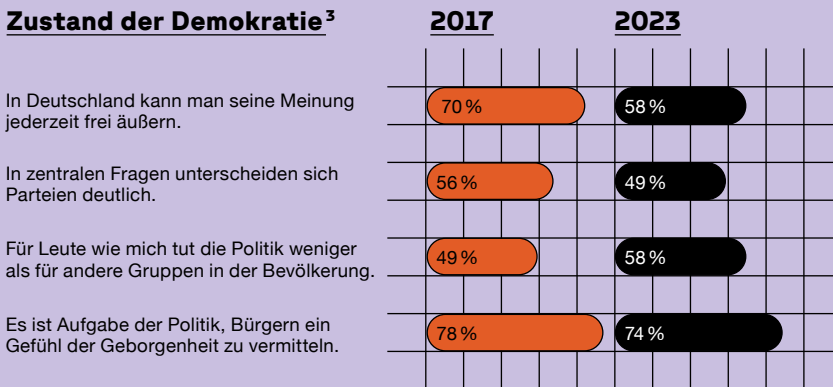
Demokratie und Engagement in Zahlen

Wie zufrieden sind die Menschen mit der Demokratie in Deutschland? Und wie steht es um das zivilgesellschaftliche Engagement in der Bevölkerung?

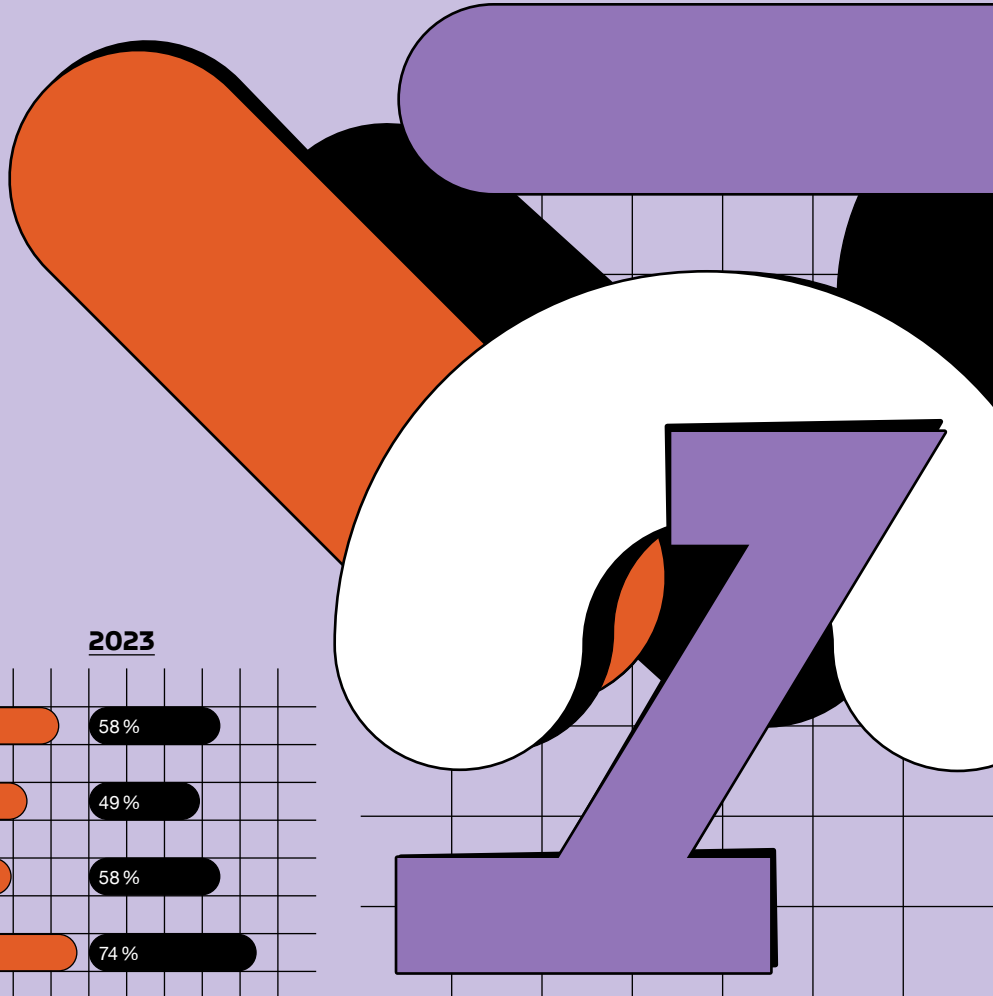
Vertrauen in öffentliche Einrichtungen und Institutionen²



Zustand der Demokratie³



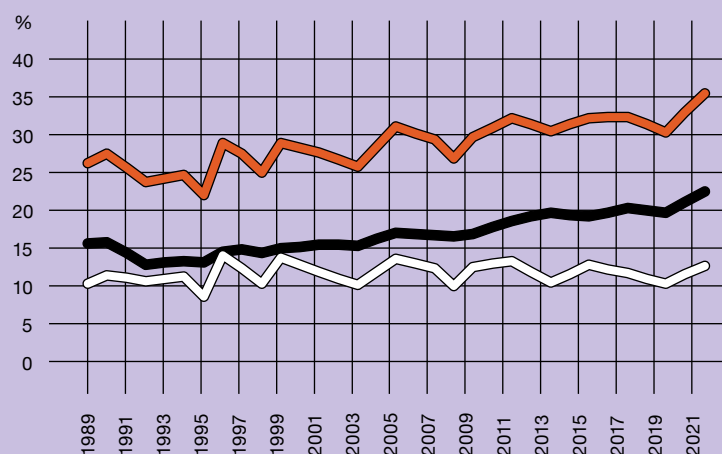
Quellen:
 1. Europäisches Parlament: Eurobarometer 1991 – 2023 | 2. und 3. Körber-Stiftung (2023): Deutsche verlieren Vertrauen in ihre Demokratie. Repräsentative Studie | 4. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.: Sozio-ökonomisches Panel (SOEP): SOEP-Core-Daten 1984-2021 | 5. Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V. (2022): Vereine in Deutschland im Jahr 2022 (ZiviZ-Bericht) | 6. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2021): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Zentrale Ergebnisse des Fünften Deutschen Freiwilligensurveys (FWS 2019) | Noch mehr Zahlen und Fakten gibt es unter: www.bpb.de/datenreport



tie gement

Zivilgesellschaftlich engagierte Menschen in Deutschland 1989–2021⁴

in Prozent der Bevölkerung in Deutschland

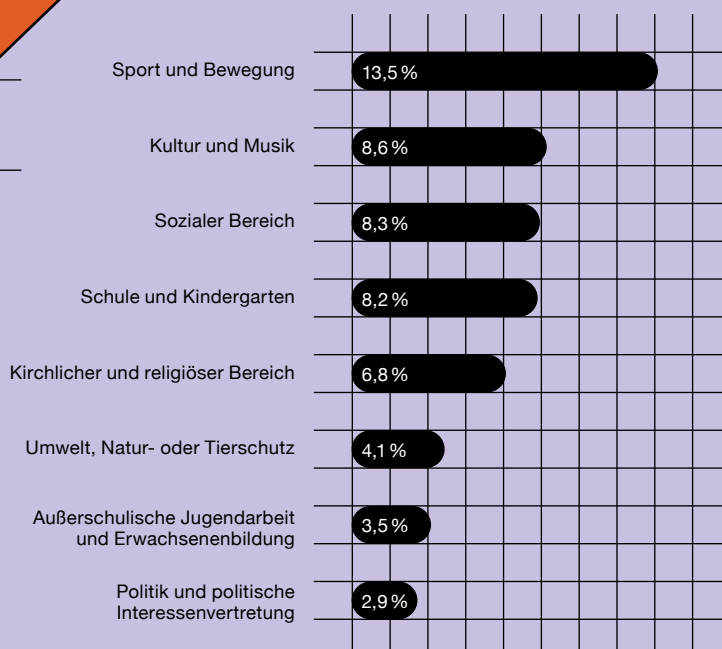


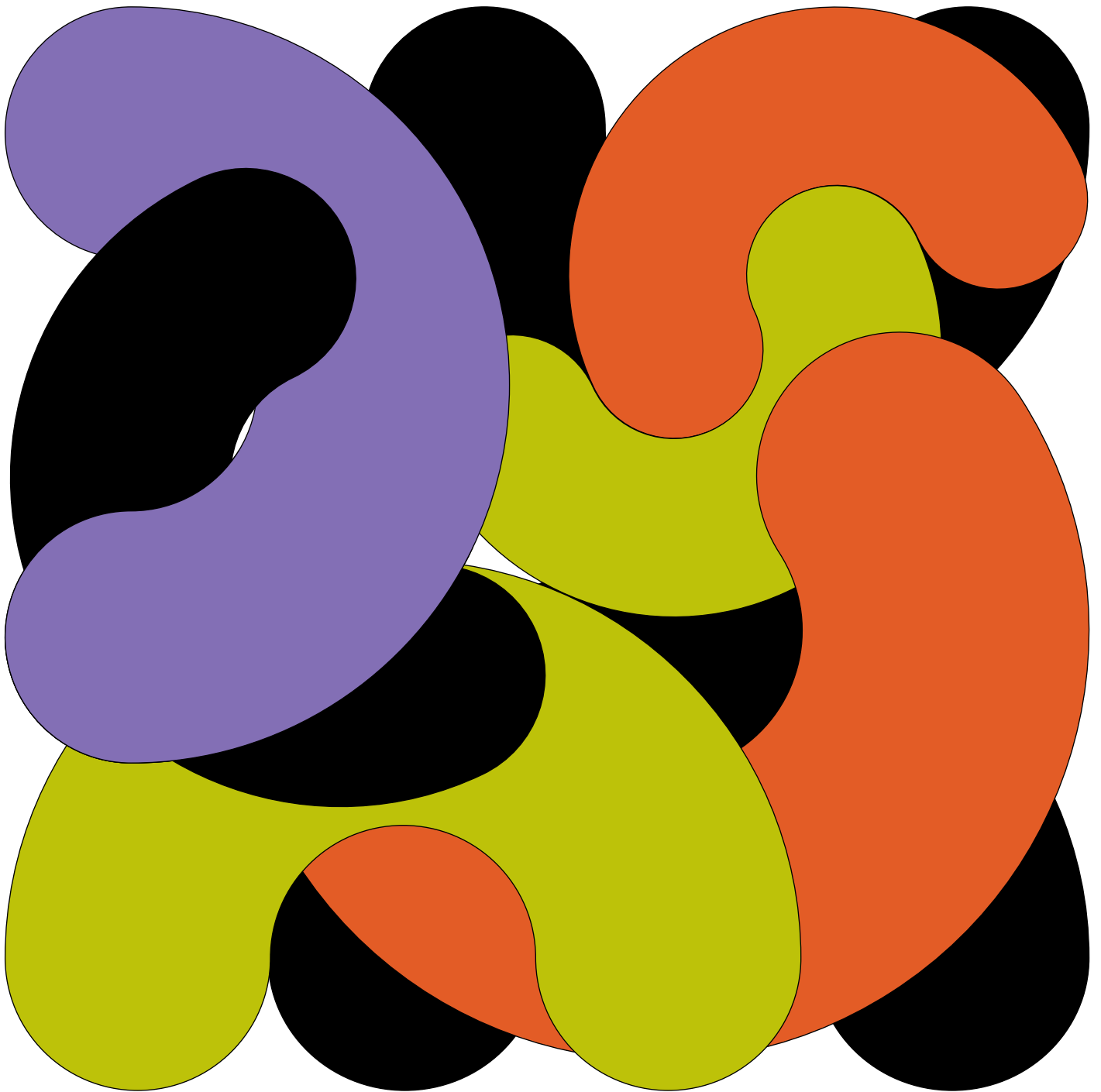
insgesamt — mindestens einmal im Monat — seltener als einmal im Monat

615.759 Vereine
waren im April 2022
im *Vereinsregister*
eingetragen.⁵

Bereiche, in denen sich Menschen engagieren⁶

Anteil an der Gesamtbevölkerung





**Politische *Partizipation*
von Menschen mit
Migrationshintergrund**

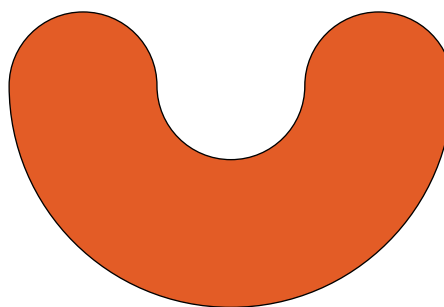
Was ist über die politische Partizipation von Zugewanderten und ihren Nachkommen bekannt? Welche Faktoren erklären Unterschiede der politischen Partizipation? Ein Überblick.

→ Text **Andreas M. Wüst**

Die am häufigsten von den Bürgerinnen und Bürgern genutzte Partizipationsform, das Wahlrecht, beschränkt das Grundgesetz auf »das Volk« (Art. 20 und 38 GG) – wenn auch nicht explizit, wie in anderen Grundgesetzartikeln, auf das »deutsche Volk«. Den Versuchen der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein, Ende der 1980er-Jahre ein kommunales Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer einzuführen, hat das Bundesverfassungsgericht im Jahr 1990 mittels zweier Entscheidungen (BVerfGE 83, 37-81) Absagen erteilt. Das Recht, zu wählen (aktives Wahlrecht) und gewählt zu werden (passives Wahlrecht), ist auf den staatlichen Ebenen (Bund, Land) deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern vorbehalten. Auf der kommunalen und der Europawahlebene sind Bürgerinnen und Bürger aus der EU deutschen Staatsangehörigen gleichgestellt. Angehörige von Staaten, die nicht der EU angehören (Drittstaatsangehörige), besitzen folglich kein Wahlrecht in Deutschland.

Dieser Beitrag beleuchtet die politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Zwei grundsätzliche Anmerkungen sind vorzuschicken: Erstens steigen Anzahl und Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in der Gesamtbevölkerung kontinuierlich. Darunter finden sich immer mehr Menschen, die keine eigene Migrationserfahrung haben, son-

dern als Nachkommen von Zugewanderten in Deutschland geboren wurden und aufgewachsen sind. Aufgrund unterschiedlicher Einbürgerungsmuster und Altersstruktur dominiert unter den Wahlberechtigten mit Migrationshinter-



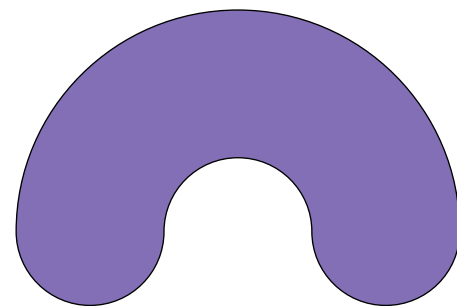
grund (deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger ab 18 Jahre) allerdings die erste Generation, also Menschen, die selbst nach Deutschland zugewandert sind und damit über unmittelbare Migrationserfahrung verfügen. Durch das Aufwachsen im In- oder Ausland (Sozialisation) ergeben sich unterschiedliche Einflüsse auf politisches Verhalten.

Zweitens war und ist die Datengrundlage zur Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund unbefriedigend, denn die meisten Studien weisen mindestens eines der folgenden Defizite auf: eine unzureichende Differenzierung des Migrationshintergrunds, eine selektive Auswahl (häufig auch keine echte Stichprobe) oder eine sehr geringe Fallzahl, insbesondere für Teilgruppen. Deshalb

unterliegen die Ergebnisse etlicher Studien Einschränkungen.

Bevölkerung und Wahlberechtigte mit Migrationshintergrund

Über ein Viertel der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland besaß im Jahr 2021 einen Migrationshintergrund (27,2 Prozent / 22,3 Millionen). Unter den Wahlberechtigten war der Anteil mit 13,6 Prozent allerdings deutlich niedriger. Dies liegt zum einen darin begründet, dass nur etwa die Hälfte der Menschen mit Migrationshintergrund die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, die wiederum die Voraussetzung dafür ist, in Deutschland wählen zu dürfen. Zum anderen ist der Anteil der Menschen



mit Migrationshintergrund unter Kindern und Jugendlichen, die nicht wahlberechtigt sind, deutlich höher als unter Erwachsenen – so hatten im Jahr 2021 in Deutschland rund 40,4 Prozent aller Kinder unter fünf Jahren einen Migrationshintergrund.

Blickt man auf die Zusammensetzung nach Generationen, zeigt sich, dass mehr als 60 Prozent der Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund eigene Migrationserfahrung haben, also selbst nach Deutschland zugewandert sind.

Befunde zur politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund

Unterscheidet man lediglich zwischen Menschen mit und ohne Migrations-

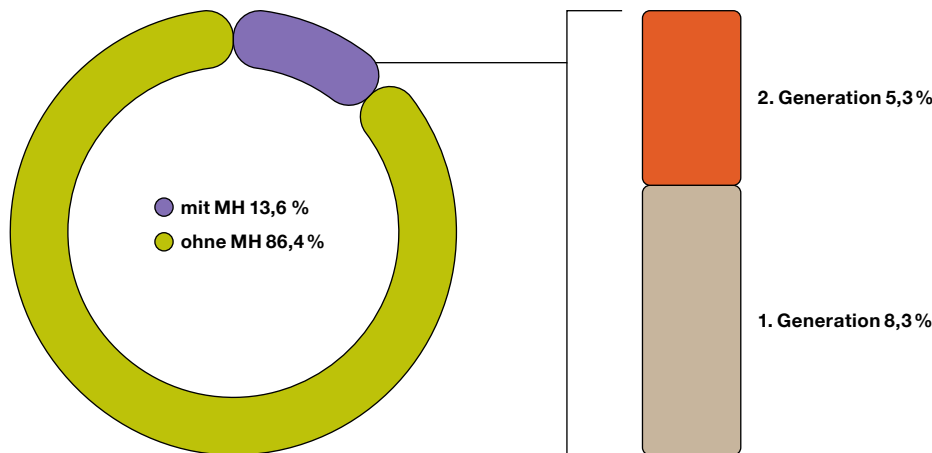
Eine naheliegende mögliche Erklärung für diese Beteiligungsunterschiede liegt im Integrationsgrad: Wer in einem anderen Land geboren wurde und noch nicht so lange in Deutschland lebt, ist weniger mit dem Land, seinen politischen Akteurinnen und Akteuren sowie den Möglichkeiten der politischen Beteiligung vertraut. Möglicherweise steht nach der Einwanderung Politik (zunächst) auch nicht ganz oben auf der

effekt – hier liegt die politische Partizipationsrate der Nachkommen von Zuwanderinnen und Zuwanderern sogar leicht über derjenigen der Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte.

Wer einen Migrationshintergrund hat und im Ausland geboren wurde, partizipiert seltener, und dabei spielt es keine große Rolle, ob diese Person mittlerweile eingebürgert wurde oder nicht. Unterschiede im Partizipationsgrad bei der ersten Generation hängen unter anderem davon ab, ob Menschen in einem demokratischen Land aufgewachsen sind und politische Partizipation kennen, sie einüben und verinnerlichen konnten, oder ob das nicht der Fall war. Unter den Kindern von Einwanderinnen und Einwanderern (zweite Generation) bestehen hinsichtlich des Partizipationsgrades merkbare Unterschiede, je nachdem, ob sie Nachkommen eines oder zweier Elternteile aus einem anderen Land sind und ob sie die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen: Wer lediglich einen migrantischen Elternteil oder die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, beteiligt sich häufiger politisch.

Ressourcen wie Bildung, höheres Alter, berufliche Integration und die eigene Einschätzung, politische Prozesse verstehen und an ihnen sinnvoll teilneh-

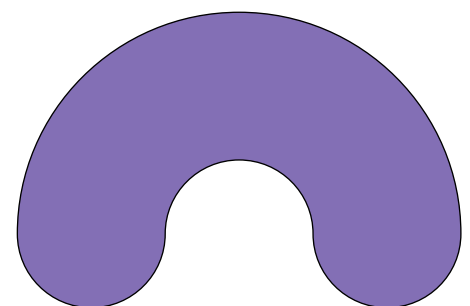
Zusammensetzung der Wahlberechtigten nach Migrationshintergrund (MH) und Generation



Quelle: Sonderauswertungen des Mikrozensus 2021 (Migrationshintergrund im weiteren Sinne)

hintergrund, dann zeigt sich in sämtlichen Untersuchungen der letzten beiden Jahrzehnte, dass sich Menschen mit Migrationshintergrund politisch seltener beteiligen als Menschen ohne Migrationshintergrund. Dies gilt für die Beteiligung an Wahlen, aber auch für die meisten anderen Formen politischer Partizipation. Am geringsten fallen die Unterschiede bei politischem Protest wie etwa der Teilnahme an Demonstrationen aus. Mitunter werden für diese Form politischer Beteiligung sogar leicht überdurchschnittliche Partizipationsraten der Bevölkerung mit Migrationshintergrund gemessen.

Prioritätenliste, sondern eher Spracherwerb, Bildung, Beschäftigung und soziale Integration. Empirische Analysen bestätigen, dass es Beteiligungsunterschiede je nach Generation und Aufenthaltsdauer gibt, ebenso mit Blick auf die Frage, ob Wahlberechtigte der Ansicht sind, dass sie politische Sachverhalte verstehen können. Letzteres hängt neben ausreichenden Sprachkenntnissen auch von politischem Interesse und politischer Bildung ab. Detaillierte Ergebnisse auf eine summarische Frage aus dem Integrationsbarometer des Sachverständigenrats für Integration und Migration veranschaulichen den Generationen-



men zu können, sind allgemein förderliche Aspekte politischer Partizipation. Ressourcen dieser Art sind für die erste, aber auch für die zweite Generation von

Einwanderinnen und Einwanderern besonders wichtig für politische Partizipation. Und Ressourcen sind vom Einwanderungsland beeinflussbar: Frühzeitige Integrationsmaßnahmen und -angebote tragen zu einer höheren Wahr-

geneigt, sich nicht als Teil des Gemeinwesens zu verstehen. Diskriminierungserfahrungen können ebenfalls dazu führen, sich vom Gemeinwesen zu distanzieren. Wer das Land eher verlassen bzw. nur vorübergehend bleiben möchte,

Forschungsstand gesprochen werden kann, gibt es Indizien dafür, dass eine direkte Ansprache die Wahlbeteiligung erhöht. In einer regionalen Studie in Baden-Württemberg 2013 betrug die Beteiligungsdifferenz zwischen Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund, die angaben, direkt angesprochen worden zu sein, sich politisch zu beteiligen, und jenen, die nicht angesprochen wurden, 15 Prozentpunkte. Unter den Menschen ohne Migrationshintergrund war diese Differenz um die Hälfte kleiner.

Aufgrund der geringen Fallzahlen, insbesondere einzelner Gruppen, in Studien, teils geringer Unterschiede und Fluktuationen über die Zeit lässt sich über Unterschiede der politischen Partizipation nach Herkunftsland oder Herkunftslandgruppen wenig allgemeingültig sagen. Offenbar beeinflussen andere Faktoren als das Herkunftsland der Zugewanderten deren politische Partizipation stärker: Ressourcen (vor allem Bildung), Motivation (vor allem politisches Interesse) und womöglich auch eine Mobilisierung tragen erheblich zu politischer Beteiligung bei. Einige dieser Ressourcenbündel werden jedoch durch die hier diskutierten migrations- und integrationspezifischen Faktoren beeinflusst.

Anteile politisch engagierter Menschen nach Migrationshintergrund

Nachkommen von Zugewanderten (2. Generation)

23,3 %

Ohne Migrationshintergrund

20,3 %

Selbst Zugewanderte (1. Generation)

9,6 %

 politisch engagiert  politisch nicht engagiert

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2022

keit politischer Partizipation bei, ebenso die Offenheit des Landes in Form einer »Willkommenskultur« – auch in Institutionen (Vereinen, Parteien) – sowie eine Bleibeperspektive, zu der auch ein einladendes Staatsbürgerschaftsrecht zählt. Gerade die soziale Einbindung und soziales Engagement erzeugen soziales Kapital, das wiederum eine Ressource für politische Partizipation ist.

Wer wenige Ressourcen (Sprachkenntnisse, Bildung, Sozialkapital) besitzt oder aufbauen konnte, ist auch eher

ist kaum motiviert, sich in Deutschland politisch zu beteiligen. Neben Ressourcen sind daher Motivation in Form von politischem Interesse oder der Bindung an eine politische Partei sowie direkte Mobilisierung partizipationsfördernde Faktoren.

Mobilisierung bedeutet dabei mehr als Offenheit, es geht um das Werben um Personen, sich zu beteiligen. Auch wenn im Zusammenhang von Mobilisierung und Menschen mit Migrationshintergrund nicht von einem konsolidierten

Migration und politische Partizipation

Vom Ausländerwahlrecht bis zur migrantischen Selbstorganisation – in unserem Online-Dossier finden Sie die ungekürzte Version dieses Artikels und viele weitere Inhalte zum Thema: www.bpb.de/migration-partizipation

Was habe ich letzte Woche für die Demokratie getan?

Ich habe den
Wahl-O-Mat
gespielt.

Ich habe mich auf
der Straße unter-
halten.

Ich habe einen
Streit geschlichtet.

**Ich habe meine
Privatsphäre
geschützt.**

**Ich bin zur Wahl
gegangen.**

**Ich bin für meine
Überzeugungen
eingetreten.**

**Ich habe eine
Petition unter-
schrieben.**

**Ich habe mir andere
Meinungen angehört
und versucht, sie zu
verstehen.**

Ich war freundlich.

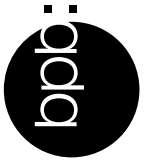
**Ich habe nachgefragt,
überprüft und selbst
nachgedacht.**

**Ich habe an einer
Demonstration
teilgenommen.**

**Ich habe mich gut
informiert.**

Mit freundlicher Genehmigung der Urheberin:

John Dewey
Forschungsstelle
für die Didaktik
der Demokratie

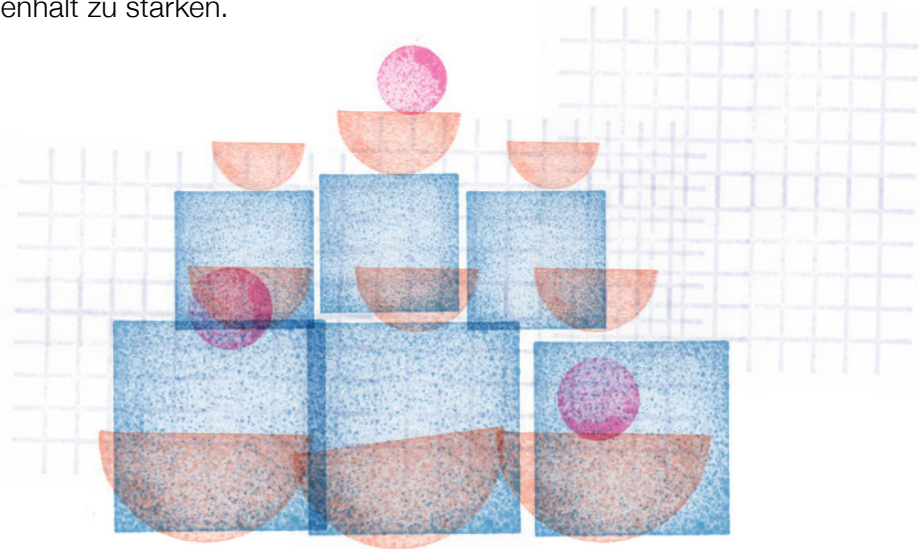


Zum Rausnehmen, Aufhängen und Sich-immer-wieder-selbst-Befragen.

MIT GUTEM BEISPIEL VOR

Die Demokratie braucht Menschen, die sich für sie einsetzen. In Protokollen erzählen fünf Personen von ihren Projekten im Bereich der politischen Bildung und wie sie mit ihrer Arbeit versuchen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

→ Aufgezeichnet von **Janina Martens**



POLITIK ZUM NACHTISCH

Nicolas Dietz

Der Arbeitsplatz ist ein politischer Ort. Das wird selten gesehen. Viele unterschätzen die Meinungsbildungsprozesse, die dort ablaufen. Politische Bildung kommt in der Arbeitswelt zu kurz. Hier setzen wir mit unserem Projekt »Politik zum Nachtisch« an. Wir gehen in Unternehmen und kommen mit den Belegschaften ins Gespräch – über kontroverse gesellschaftspolitische Themen.

Ich kam im Juli 2022 zu ARBEIT UND LEBEN Sachsen e.V., zum Projektstart, und habe die operative Umsetzung übernommen. Für mich war das mein Berufseinstieg nach dem Politologiestudium. Und ich bin sehr froh darüber. Denn ich habe das Gefühl, durch die Arbeit in dem Projekt einen Beitrag für eine stärkere Demokratie leisten zu können.

Entstanden ist die Idee zu dem Projekt vor dem Hintergrund der Pandemie.

In dieser Zeit wurde sehr deutlich: Wir brauchen niedrigschwellige Angebote politischer Bildung in Unternehmen. Die Situation damals war für viele verunsichernd. Kurzarbeit, Homeoffice, Maskenpflicht. Es kursierten Ängste und Halbwissen, das hat zu einer starken Polarisierung der Diskurse geführt.

Doch wie schafft man es, gesellschaftspolitischen Themen am Arbeitsplatz Raum zu geben? Warum zum Beispiel nicht einfach in einer verlängerten Mittagspause, quasi als Dessert, in der Betriebskantine miteinander politische Fragestellungen diskutieren, etwa über Fachkräftemangel oder Zuwanderung sprechen?

Mit unserem Konzept einer »politischen Mittagspause« sind wir an Unternehmen herangetreten, haben mittlerweile aber auch andere Formate ausprobiert.

Bei einer Firmenfeier hatten wir zum Beispiel einen Stand, an dem wir Thesen ausgehängt haben – und die Angestellten konnten per Meinungsbarometer abstimmen, indem sie einen Tischtennisball in die Röhre ihrer Wahl warfen. Unsere Methoden sind spielerisch und aktivierend. So erreichen wir Menschen und machen Lust auf Diskussionen zu verschiedensten politischen Themen und einen offenen Gesprächsaustausch.

Politische Bildung am Arbeitsplatz

Das Modellprojekt wird im Rahmen des Förderprogramms »Aufsuchende politische Bildung für die Arbeitswelt« durch die bpb gefördert und von »ARBEIT UND LEBEN Sachsen e.V.« durchgeführt. Antragssteller ist der Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN e.V. Das Projekt erprobt neue Konzepte, die den Arbeitsplatz als Lernort der politischen Bildung begreifen.

www.bpb.de/politik-zum-nachtisch

AN

LOS LAND

Daniel Oppold

»Losland« ist eines der spannendsten Projekte, an denen ich bislang beteiligt war. Ich bin Politik- und Verwaltungswissenschaftler und beschäftige mich seit siebeneinhalb Jahren als Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim RIFS Potsdam mit Bürgerbeteiligungsprozessen.

Für mich war es inspirierend, bei »Losland« die Theorie in die Praxis zu übertragen. In dem Projekt haben wir zehn Kommunen über drei Jahre hinweg dabei begleitet, Bürgerbeteiligungsprozesse zu Fragen rund um eine enkel-taugliche Zukunft zu entwickeln.

Die Idee zu dem Projekt hatten Patricia Nanz, ehemalige wissenschaftliche Direktorin am RIFS, und die Journalistin Marie von Mallinckrodt. Ich habe strategisch und operativ mitgearbeitet.

Das zentrale Instrument, auf das wir in dem Projekt gesetzt haben, sind Bürger-räte; wir haben sie »Zukunftsräte« genannt: Über ein Losverfahren sollten die Kommunen Gruppen von 15 bis 20 Personen zusammenstellen, mit unterschiedlichem Hintergrund, Alter und Geschlecht. Das lief über die Melderegister.

Die so gebildeten Zukunftsräte haben sich dann, von professionellen Moderationsduos aus dem Projektteam begleitet, zu je einer sachpolitischen Fragestellung beraten, die die Kommune vorher festgelegt hatte. In Gütersloh zum Beispiel war es die Frage: »Wie und was können wir teilen, um zusammen nachhaltiger zu leben?« Die Bürgerräte haben jeweils konkrete Handlungsempfehlungen entwickelt, die in die lokale Politik in Stadt- oder Gemeinderat einfließen und von den Verwaltungen bearbeitet werden.

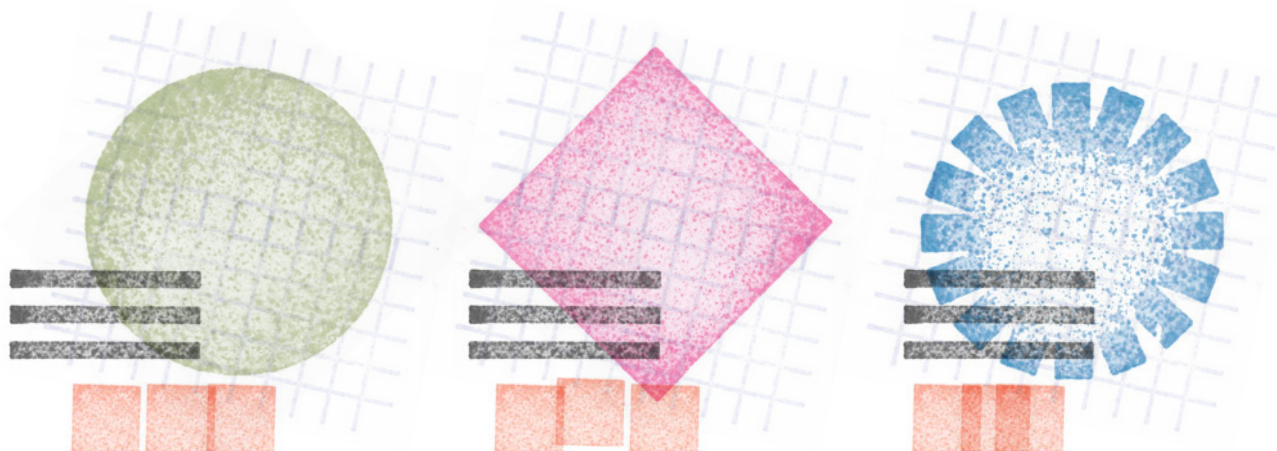
Das Alltags- und Erfahrungswissen von Bürgerinnen und Bürgern ist aus meiner Sicht sehr wertvoll für die Politik

und kann deren Entscheidungen verbessern und legitimieren. Doch häufig bleibt dieses Wissen ungehört und ungenutzt. Das sollte sich ändern. Auch außerhalb von Modellprojekten! Es braucht nicht unbedingt immer ein so voraussetzungsreiches Format wie Bürgerräte, aber einfache Möglichkeiten zur Mitbestimmung. Wir alle sollten Demokratie als Mitmachspiel begreifen, nicht als Konsumgut, das man sich mit einem Kreuz auf dem Wahlzettel einkauft.

»Losland« hat vieles angestoßen. Eine Projektgemeinde, Ottersberg, ist sogar schon dabei, den nächsten Beteiligungsprozess aufzusetzen.

Bürgerbeteiligung per Losverfahren

Losland wurde von der bpb gefördert, vom RIFS Potsdam und Mehr Demokratie e.V. umgesetzt und wird seit Februar 2024 eigenständig von den Projektpartnern weitergeführt. Die Ergebnisse der zehn losbasierten Bürgerbeteiligungsverfahren sind auf der Projekthomepage dokumentiert.
[losland.org](https://www.losland.org)





Land.schafft.Demokratie – Vielfalt und Dialog in der Bibliothek

Sigrid Kautzsch

Unsere Bücherei in Ganderkesee ist wie ein Wohnzimmer für die Gemeinde. Die Menschen können sich hier ohne Konsumzwang treffen und austauschen. Ich leite die Bibliothek seit fast 15 Jahren und sehe eine meiner Aufgaben darin, auf diese Weise auch das gesellschaftliche Miteinander zu stärken.

Ganderkesee ist ein kleiner Ort zwischen Bremen und Oldenburg. Hier leben etwa 33.000 Menschen. Und, wie leider fast überall, haben zuletzt auch hier rechte Tendenzen zugenommen. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir uns klar dagegen positionieren: Bei uns ist kein Platz für demokratiefeindliches Gedankengut. Unsere Bücherei ist ein Ort, an dem Aufklärung und Meinungsfreiheit gelebt werden. Und diese Werte wollen wir auch in der Gemeinde selbst leben.

Als ich auf das Kooperationsprojekt »Land.schafft.Demokratie« von der bpb und dem Deutschen Bibliotheksverband aufmerksam wurde, habe ich mich direkt mit unserer Bücherei beworben. Zehn Pilotbibliotheken im ländlichen Raum wurden ausgewählt, um Demokratie und Vielfalt jeweils vor Ort zu fördern. Und wir waren dabei! Das hat mich sehr gefreut.

Ich bin 63 Jahre alt, und meine Eltern haben den Nationalsozialismus noch er-

lebt; das hat mich geprägt. Ich selbst bin in der Friedensbewegung auf die Straße gegangen. Gesellschaftliches Engagement hört ja nicht auf, nur weil man älter wird. Mit meiner Arbeit in der Bücherei will ich dazu beitragen, dass die Gesellschaft nicht aus dem Ruder läuft.

Im Rahmen des Projekts »Land.schafft. Demokratie« haben wir viele Schritte unternommen, die unsere demokratie-stärkende Bibliotheksarbeit weiter voranbringen. Das Büchereiteam hat an Fortbildungen teilgenommen und zum Beispiel gelernt, wie man in Alltagsgesprächen mit rechten Stammtischparolen umgeht – wie es gelingt, diese nicht einfach so stehen zu lassen. Außerdem konnten wir dank des Projekts neue Veranstaltungsformate ausprobieren. So haben wir ein Argumentationstraining für Jugendliche angeboten und ein Bootcamp für digitale Zivilcourage. Und genau auf diesem Weg werden wir weitermachen!

Neue Bewerbungsphase für weitere Bibliotheken

Bis zum 8. April 2024 können sich Bibliotheken in Orten mit bis zu 30.000 Einwohner/-innen bewerben. 15 Bibliotheken in ländlichen Räumen werden ausgewählt und im Projekt als Partner für Demokratie, Dialog und Vielfalt gestärkt.

www.bpb.de/land-schafft-demokratie

Minsk & Minga

Ina Valitskaya

Wenn ich meine Mutter in Belarus besuchen würde, könnte ich verhaftet werden. Allein schon, weil ich mit einer weiß-rot-weißen Flagge auf dem Marienplatz in München demonstriert habe. Weiß und Rot sind die Farben der belarussischen Opposition, gegen den Machthaber Lukaschenko, für die Demokratie.

Ich bin 42 Jahre alt und in Belarus geboren. Seit 2003 lebe ich in Deutschland, bin Linguistin und Übersetzerin und arbeite für eine Anwaltskanzlei. Schon seit Langem engagiere ich mich in der belarussischen Diaspora, war zum Beispiel als Wahlbeobachterin tätig und habe unabhängige Nachrichten übersetzt.

Nach der manipulierten Präsidentschaftswahl 2020 und den anschließenden Massenprotesten gegen die Diktatur haben sich viele Menschen aus Belarus, die in Deutschland leben, zusammengesetzt und die belarussische Gemeinschaft Razam e. V. gegründet. Hier sind alle willkommen, die sich für ein freies Belarus engagieren wollen. Ich selbst bin seit Februar 2023 im Vorstand, zuständig für Kultur und Sprache.

Mit einem kleinen Freiwilligenteam organisiere ich seit 2022 das belarussische Kulturfestival »Minsk & Minga« in München. Es ist das größte dieser Art in



Westeuropa. Im Oktober findet es zum dritten Mal statt. Damit bieten wir unabhängiger Kunst und Kultur aus Belarus ein Forum: Theater, Literatur, Tanz, Film. In Belarus selbst ist es in der Kulturszene leise geworden, viele Kulturschaffende mussten ins Exil fliehen, nach Polen, Litauen, Deutschland.

Das Festival ist auch so etwas wie eine kollektive Therapie. Wir waren alle inspiriert von den friedlichen Protesten 2020 gegen das belarusische Regime, doch seitdem ist in Belarus nichts besser geworden, die Menschen leben in Angst und Unfreiheit. Bei denen, die das Land verlassen haben, dominiert der Frust. Das Festival trägt zur Identitätsbildung bei und ist eine Möglichkeit, über die Kultur gesellschaftliche Themen zu reflektieren, nach Lösungen zu suchen und Hoffnung zu wecken. Und außerdem bietet es die Gelegenheit, zu Rockmusik einfach mal wild abzutanzten und einen Moment alles Belastende zu vergessen. Auch das ist wichtig!

Musik und Widerstand in Belarus

In der bpb-Veranstaltungsreihe »Tiny concerts & talks« geht es in diesem Jahr um Belarus. Am 14. Mai (Berlin) und 16. Mai (Bonn) spielen belarusische Bands Konzerte in den bpb:medienzentren und berichten über die Situation in ihrer Heimat.

www.bpb.de/veranstaltungen

Ostdeutsche Migrationsgeschichte(n)

Phuong Thúy Nguyễn

Migrantisches Leben in der DDR ist ein Aspekt der Geschichte, der lange vernachlässigt wurde. Die bpb gibt diesem Thema in der Veranstaltungsreihe »Ostdeutsche Migrationsgeschichte(n)« Raum. Menschen aus den migrantischen Communitys erhalten so die Gelegenheit, ihre Geschichten selbstbestimmt zu erzählen.

Ich bin selbst Teil einer vietnamesisch-diasporischen Community im Zwickauer Land in Sachsen. Als Teil eines Teams um die Regisseurin Julia Oelkers und die Historikerin Isabel Enzenbach war ich an dem Projekt »De-Zentralbild« beteiligt: 30 Menschen aus Vietnam, Kuba, Mosambik und anderen Ländern, die eine Zeit lang in der DDR gelebt haben, steuerten private Fotos von damals bei und erzählten ihre Geschichten. Die Bilder und Interviews sind seit letztem Jahr in einer fünfsprachigen Online-Ausstellung zu sehen.

Mit der Veranstaltungsreihe knüpfte ich als Kuratorin und Koordinatorin für die bpb daran an. Ich bin freischaffend in der politisch-historischen Bildung tätig und betreue verschiedenste Projekte. Doch dieses bewegt mich besonders. Unser Ansatz ist: Erinnerungsarbeit als Communityarbeit. Wir haben eine Reihe von multiperspektivischen Formaten umgesetzt, von Podiumsdiskussionen bis hin zu Workshops, insbesondere im ländlichen Raum in Ostdeutschland. Wichtig war

uns dabei, niedrigschwellige Angebote zu machen, die zu den Bedarfen der migrantischen Communitys passen.

Mich persönlich haben die Workshops in Plauen und Werdau, wo ich verwurzelt bin, sehr berührt: Wir haben interaktiv Zeugnisse der Einwanderungsgeschichte in die DDR und Ostdeutschland gesammelt, und die Teilnehmenden verschiedener Generationen kamen ins Gespräch miteinander. Allein das war besonders. In den vietnamesisch-diasporischen Communitys sind Sprachbarrieren oft ein Hindernis im Dialog zwischen erster und zweiter Generation. Die Workshops fanden bilingual auf Vietnamesisch und Deutsch statt.

Mitgebrachte Fotos und Erinnerungsobjekte wurden zum Ausgangspunkt für offene Gespräche. Schwierige Themen kamen zur Sprache, geschehenes Unrecht vor und nach der Wende, aber auch andere Facetten des DDR-Alltags, zum Beispiel Arbeit, Beziehungen, Geburtstage. Es wurde deutlich, wie sehr die Generationen den Austausch miteinander suchen, zu Wort kommen und gehört werden möchten. Dafür wollen wir weiterhin Räume schaffen.

Das visuelle Gedächtnis der DDR

Auf fünf Veranstaltungen in Eberswalde, Plauen, Werdau und Köln ging es um historische Zeugnisse von Migranten in der DDR und Ostdeutschen of Colour. Noch mehr persönliche Geschichten zeigt die Online-Ausstellung De-Zentralbild.

www.bpb.de/ddr-migration



Die Thesen-Jagd

Beim Wahl-O-Mat-Workshop zur Europawahl 2024 treffen 23 Jung- und Erstwähler zusammen und diskutieren auch mit einem Expertenteam, bis genügend kontroverse Thesen an der Pinnwand hängen.

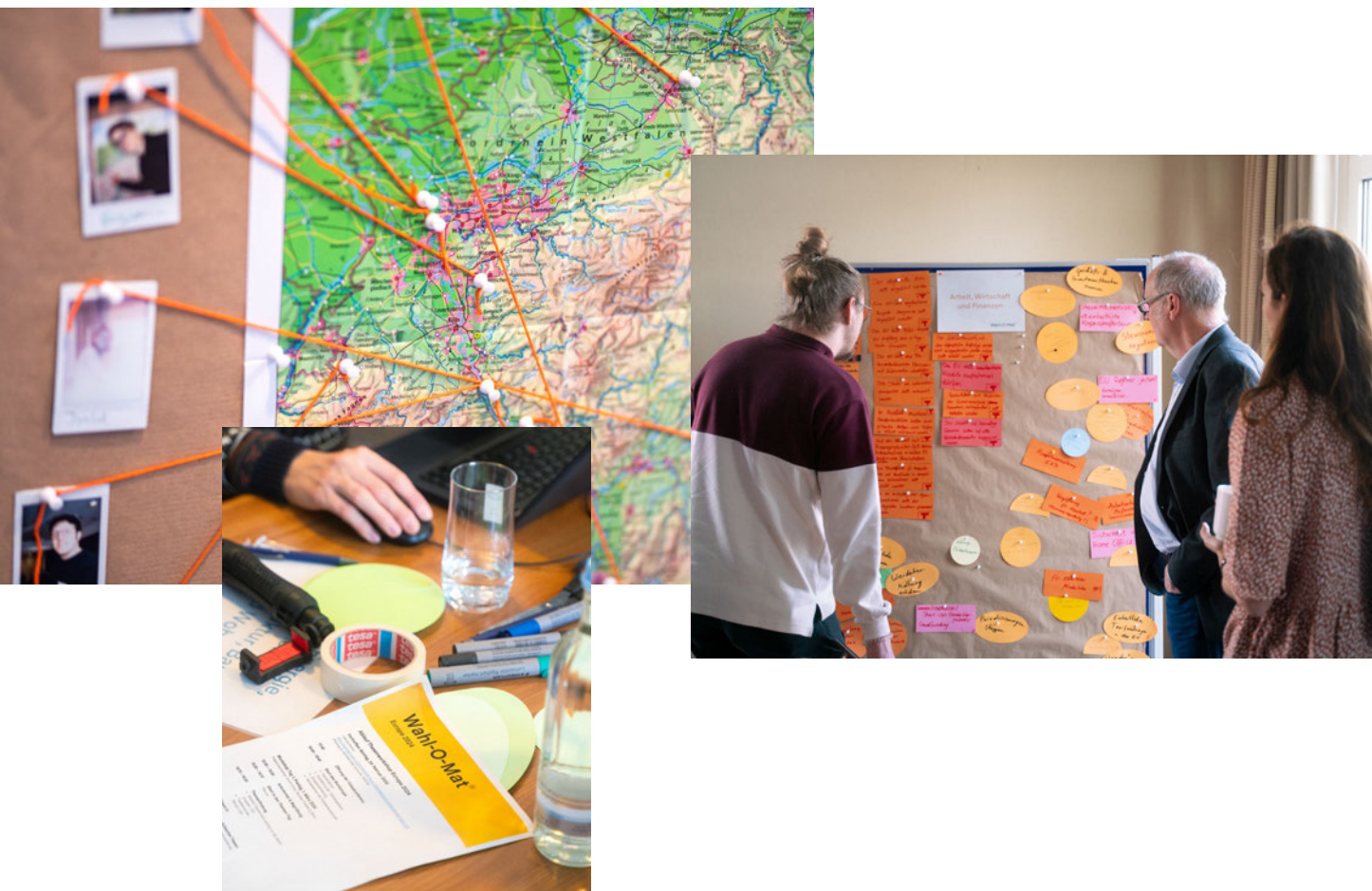
→ Text **Tim Farin** → Fotos **Eric Greven**

Es ist der erste Samstagmorgen im März, hinter den hellen Gardinen in Raum »Paris« kommt die Sonne über dem Rhein zum Vorschein. Hier drinnen, in einem nüchternen Tagungsraum eines Hotels in der Bonner City, zwischen Pinnwänden, Whiteboards und einem großen Stuhlkreis, wird es plötzlich laut. Eine Lockerungsübung zum Start in den zweiten Tag. 23 Jung- und Erstwähler, fünf Experten für politische Themen, fünf Teammitglieder der bpb und vier Wahl-O-Mat-Spezialisten um den Düsseldorfer Politologen Stefan Marschall begeben sich in ein Getümmel, sie spielen »Schnick-Schnack-Schnuck«. Wer eine Runde gewinnt, nimmt die unterlegene Person als Fan auf. Einige Seminarteilnehmende rufen laut, und schon ist das Spiel vorbei, schlagartig herrschen Ruhe und Konzentration. Ein langer Tag der politischen Thesen steht bevor.

Die jungen Leute zwischen 16 und 26 Jahren verteilen sich gleich danach an den Tischen hier im großen Saal und neben-

an, wo noch die Arbeitsmaterialien vom Vorabend liegen: bunte Zettel, Stifte, Papierberge, Laptops, Tablets. Auf der einen Seite des Raums »Paris« geht es um »Forschung, Gesundheit, Familie« – auf der anderen um »Arbeit, Wirtschaft und Finanzen«. »Es kam der Wunsch nach Agrarthesen auf«, sagt einer in der Runde – und schon begeben sich die Teilnehmenden auf die Suche nach Schlagwörtern. Sie fahnden in elektronischen Dokumenten nach Parteipositionen, die für Wahlberechtigte interessant sein könnten. Eine Diskussion um Tiertransporte schließt sich an. Braucht es neue Regeln? Welche Maßgaben existieren bereits?

Es geht in die Tiefen des politischen Themenspektrums. Ein Wochenende, von Freitag- bis Sonntagnachmittag, sind junge Menschen aus ganz Deutschland zum Thesenworkshop der bpb zusammengekommen. Vor jeder Wahl auf Landes- oder Bundesebene gehört der Wahl-O-Mat inzwischen fest zum Angebot der bpb und hilft Bürgerinnen und Bürgern, sich vor



der eigenen Entscheidung zu orientieren. Damit das gelingt, müssen Thesen zu relevanten Themen entstehen – und hier geschieht genau das. Es geht darum, Thesen zu möglichst vielen politischen Themen zu formulieren, zu denen die Parteien der Europawahl 2024 sich dann wiederum positionieren. Es ist eine ehrenamtliche Aufgabe, der Erst- und Jungwähler hier gemeinsam mit Experten nachkommen – und mehr als das. Es geht, so hört man es in dieser Runde immer wieder, um die gesunde Demokratie, um Teilhabechancen für junge Menschen. Eine Arbeit, auf die viele Lust haben: 559 Bewerberinnen und Bewerber haben es für diesen Termin zur Europawahl gegeben, sagt Wahl-O-Mat-Koordinator Martin Hetterich, eine enorm hohe Zahl, sie spiegelt, dass sich junge Menschen für politische Themen engagieren wollen.

Um 11 Uhr steht die erste Kaffeepause an, doch Ella Kirchner hätte am liebsten darauf verzichtet und einfach weiterdiskutiert. Schon bei der morgendlichen »Schnick-Schnack-Schnuck«-Runde hatte sie ein hohes Energielevel und unter Jubel das Spiel gewonnen. Für sie ist der Wahl-O-Mat seit der

Schulzeit relevant, später, zu Uni-Zeiten, wurde er dann vor jeder Wahl zum »wichtigen Tool«, wie die inzwischen 26 Jahre alte Doktorandin aus Göttingen berichtet. Als sie von der Möglichkeit zur Mitarbeit las, hat sie sich gleich gemeldet. Kirchner, die in Agrarökonomie promoviert, ist die Älteste hier in der Gruppe. »Ich habe mich auch mit Blick auf den Rechtsruck beworben, der ja schon bei Landtagswahlen im Herbst zu sehen war. Ich bin nicht parteipolitisch aktiv, aber ich möchte mich aktiv daran beteiligen, die Demokratie zu fördern«, sagt die junge Frau. Sie ist begeistert von den Gesprächen mit den anderen Teilnehmenden: »Die Debatten zu all diesen Themen sind doch superspannend, vor allem die Suche nach Thesen, die auch zu politischen Kontroversen führen.« Ein ganzes Wochenende auf diese Weise für den demokratischen Austausch zu investieren, kommt ihr sehr entgegen. Denn wegen ihres Forschungsgegenstands ist sie viel unterwegs, hat unter der Woche normalerweise kaum Zeit.

Jetzt geht es vom Kaffee zurück an die Arbeit – die Formulierung der Thesen. Dabei stehen nicht nur Themen wie Tierhaltung oder der digitale Euro auf dem Programm. Bald drehen die Gedanken in ein neues Themenfeld. »Ich wünsche mir etwas zur Anerkennung von Berufsausbildungen«, sagt eine junge Teilnehmerin. Man muss flexibel sein.



Michail Borbe aus Berlin weiß, dass es in der EU unterschiedliche Ausbildungsvoraussetzungen gibt, um den Beruf zu erlernen, den er ausübt. Der 23-Jährige ist Physiotherapeut. Normalerweise setzt er sich stets mit Gesundheitsthemen auseinander, deshalb freut er sich über den Themenwechsel. Eben hat er noch mit Ella Kirchner die Partei-Linien zu Agrar- und Arbeitsmarktthemen durchforstet, jetzt reflektiert er im Café-Raum, was er hier macht. »Demokratie ist immer anspruchsvoll«, sagt Borbe, der nach eigenem Bekunden aus einer diskussionsfreudigen Familie kommt. »Wir leben in einer Zeit, in der viele Meinungen sehr stark gehört werden, Einigkeit verloren geht«, sagt er. Hier, bei der Diskussion über die Thesen zur Europawahl, könne man anderes erleben. »Wir kommen alle aus unterschiedlichen Hintergründen und können sehr schön über die vielen Aspekte reden«, sagt Borbe, »es wäre mir wichtig, dass das auch in Parlamenten so läuft: Man vertritt natürlich eigene Standpunkte, aber sollte doch auch immer nach Kompromissen suchen.« Der Berliner ist besonders interessiert daran, dass die Parteien später den Thesen des Wahl-O-Mat nicht nur ein Ja oder Nein widmen, sondern auch ihre Standpunkte formulieren. »Das ist im Grunde das Spannende«, sagt Borbe.

Im Seminarraum »Stockholm« strahlt die Mittagssonne durchs Fenster. Man könnte draußen sein nach regnerischen Monaten, doch einer aus der Runde zieht die Vorhänge zu. Sonne stört auf den Displays. Hier in der Runde geht es jetzt um »Inneres, Sicherheit, Institutionen, Justiz und Demokratie«. Politologe Marschall ruft Themen auf, zu denen noch Thesen fehlen. Auf der einen Tischseite geht es um Prostitution, auf der anderen um Datenverschlüsselung. »Man findet viel dazu, aber es ist gar nicht leicht, eine These zu formulieren«, sagt eine junge Frau. Und das hört man hier immer wieder. Die Thesen für den Wahl-O-Mat müssen das Zeug haben, eine Kontroverse hervorzurufen. Sonst dienen sie nicht der Entscheidungsfindung. Aber bei manchen, sehr relevanten Themen ist es schwierig, griffige Ansätze zwischen den Partei-Linien zu finden.

Maria Waligora ist 18 und ohne Parteimitgliedschaft in der politischen Jugendarbeit im brandenburgischen Angermünde aktiv. In ihrer Schule, sagt sie, sind eher wenige Leute politisch motiviert. Zudem gebe es viele junge Leute in Angermünde, die rechten Ideen und Ideologien folgen würden. Waligora ist überzeugt davon, dass die Thesenarbeit gerade für junge Leute wichtig ist. Ihrer Ansicht nach denken jüngere Menschen häufig, dass die Themen bei Landtags- oder Kommunalwahlen viel wichtiger seien als »die Sachen in Europa«. Mit Blick auf die Wahlen zum Europäischen Parlament sagt sie: »Ich möchte



mithelfen, dass wir Thesen formulieren, die auch möglichst viele Menschen in meinem Alter bewegen.« So ist die Arbeit für den Wahl-O-Mat aus ihrer Sicht eine Chance, die Demokratie in Europa ein Stück inklusiver zu gestalten.

»Atommüll, gibt es dazu nichts?«, fragt eine junge Frau nach dem Mittagessen den bpb-Mitarbeiter Martin Hetterich. Der steht neben der Pinnwand mit den bislang formulierten Thesen zu »Umwelt, Energie, Verkehr«. Am Tisch diskutieren die jungen Männer und Frauen, die sich bislang anderen Themen gewidmet haben. Jeweils 20 Minuten machen sie Station, von einem persönlichen Laufzettel geleitet, vor den Thesen der anderen Gruppen. So hat jede und jeder die Gelegenheit, überall Input anzubringen. »Nehmen wir noch mit«, sagt Hetterich. Nachher, am späten Nachmittag, wird sein Team die Thesen noch einmal abklopfen.

Später im Raum »Paris«. Man schließt kurz die Augen und horcht nur: Wie schnell die Teilnehmenden sich auf neue Themen einlassen! Während auf der einen Seite über den Zuschnitt der Thesen zur Forschung diskutiert wird, werden auf der anderen noch einmal Kryptowährung und Bargeldverbot zum Thema. Auch als die Sonne längst in Richtung Westen gewandert ist, nimmt das Energielevel der Runde kaum ab.

Am Sonntagnachmittag hält Martin Hetterich viele Zettel mit ausformulierten, zur Kontroverse taugenden Thesen in der Hand. Die jungen Leute haben am Samstagabend noch vieles verworfen, gemeinsam im Irish Pub gefeiert und dann am Sonntag noch einmal intensiv gearbeitet. »Es ging dann erstaunlich schnell«, sagt Hetterich, die Teilnehmenden wählten ihre Thesen durch Vergabe von Klebepunkten an der Pinnwand. Schließlich stand, vor dem Mittagessen schon, das Ergebnis der intensiven Diskussionen fest: 85 Thesen, mit denen die jungen Menschen dazu beitragen möchten, dass der lebhafteste demokratische Diskurs ihre Generation erreicht.

Landtagswahlen 2024: Wahl-O-Mat-Redaktionen gesucht

Bald wird in Sachsen, Thüringen und Brandenburg ein neuer Landtag gewählt. Auch in diesen Bundesländern soll es einen Wahl-O-Mat geben. Die bpb sucht interessierte Jungwählerinnen und -wähler aus den drei Ländern, die Lust haben, an der Erstellung mitzuarbeiten. Die Thesenworkshops finden im Mai und Juni statt. Weitere Informationen und Bewerbungsmöglichkeit unter: www.wahl-o-mat.de/bewerbung

Wie soziale Medien die *Demokratie* beeinflussen

Twitter, Facebook, YouTube und Co. – soziale Medien sind schon lange Teil der digitalen Öffentlichkeit. Durch die schnelle Vernetzung von Menschen ermöglichen sie einen demokratiestärkenden Austausch, sind aber auch Foren für die Verbreitung von Fake News, Hassrede und die Festigung extremer Positionen. Die Kommunikationswissenschaftlerin Merja Mahrt skizziert, inwieweit soziale Medien Meinungsbildungsprozesse und politische Beteiligung verändern.

→ Text Merja Mahrt

Mit dem Aufkommen sozialer Medien um die Jahrtausendwende wurde das Internet leichter nutzbar, insbesondere was die Veröffentlichung eigener Beiträge, aber auch den Austausch und die Vernetzung mit anderen Menschen angeht. Der US-amerikanische Kommunikations- und Politikwissenschaftler Lance Bennett hat gemeinsam mit Alexandra Segerberg von der Universität Uppsala beschrieben, wie daraus eine neue Form politischer Organisation entstehen kann: von der »Collective Action«, also dem kollektiven Handeln, zur »Connective Action«, dem vernetzten Handeln. Dabei könne die gemeinsame politische Beteiligung durch die Kommunikations- und Vernetzungsmöglichkeiten sozialer Medien ohne Leitungsrollen oder feste Grundstrukturen auskommen.

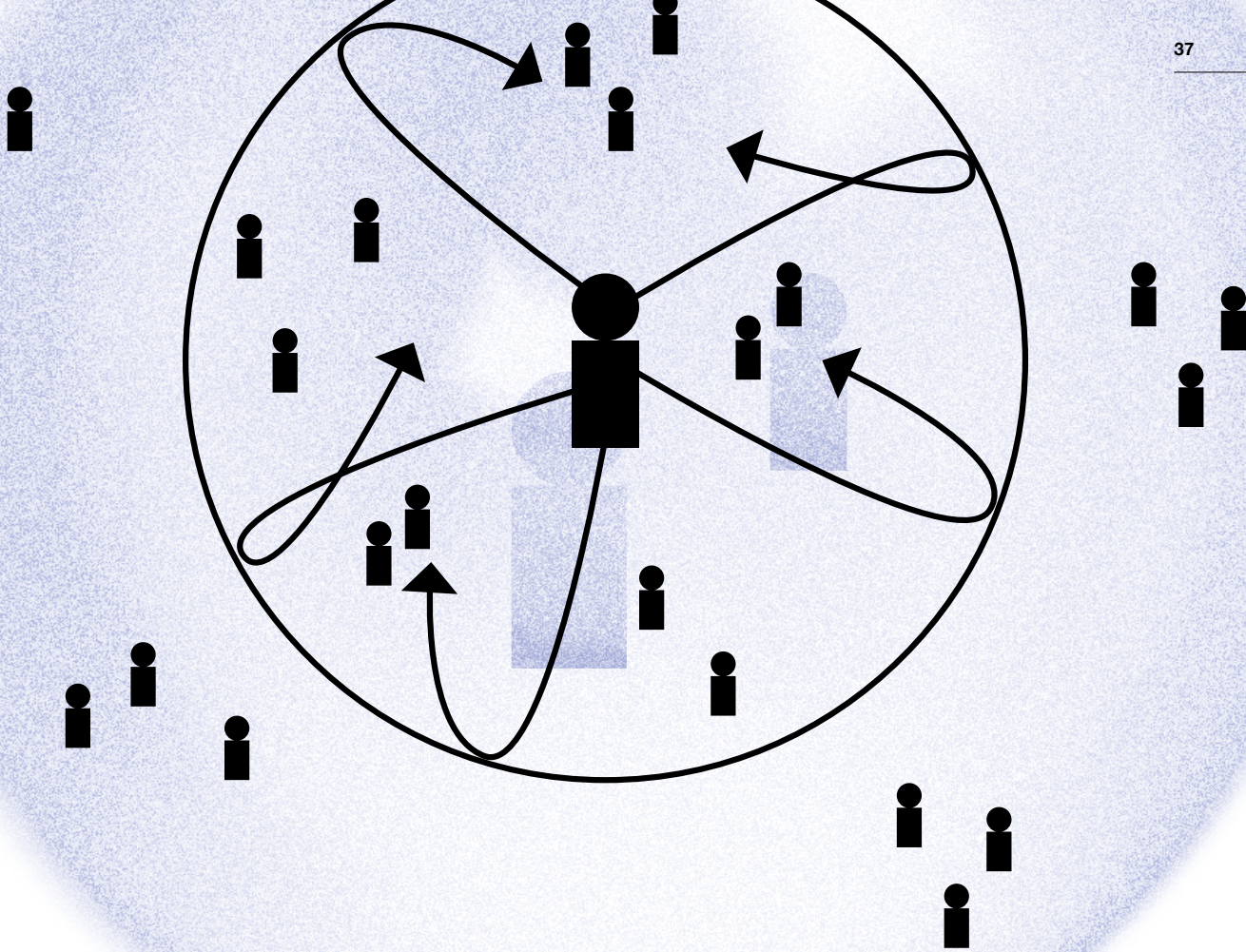
Tatsächlich waren soziale Medien in den Nullerjahren für einige soziale Bewegungen wichtig. Die Proteste nach den Wahlen im Iran 2009 beispielsweise wurden über diese Kanäle für eine breite Öffentlichkeit sichtbar, manche sprachen sogar von einer »Twitter-Revolution«. Auch in den Protesten auf dem Tahrir-Platz in Kairo, die 2011 ein wichtiger Teil des Arabischen Frühlings waren, sowie der Occupy-Bewegung, die sich im gleichen Jahr formierte und weltweit gegen die Macht der Finanzwirtschaft richtete, sahen einige eine Demokratisierungswelle, angestoßen oder mit vorangebracht durch soziale Medien.

Nicht alle allerdings schließen sich dieser hoffnungsvollen Sicht auf soziale Medien und ihre Bedeutung für die Demokratie an. Einige ziehen die Wirksamkeit politischer Betei-

gung auf den Plattformen, zum Beispiel über Protest-Hashtags, grundsätzlich in Zweifel oder sehen die Nutzung sozialer Medien nur als nachrangigen Aspekt von politischem Handeln. Andere hegen allgemeinere Befürchtungen für das Funktionieren demokratischer Systeme, vor allem durch eine mögliche Fragmentierung oder Zersplitterung der Gesellschaft. Demnach würden sich soziale und politische Unterschiede durch soziale Medien vertiefen, weil man sich darin überwiegend mit Gleichgesinnten austauscht und zumeist Inhalte sieht, die die eigene Weltanschauung bestätigen.

Seit dem Brexit-Referendum und der US-Präsidentenwahl 2016 ist zudem offenbar geworden, dass soziale Medien und ihre Mechanismen gleichermaßen für demokratiefreundliche wie -feindliche Zwecke genutzt werden können. So kann die Verbreitung von Empörung, gezielten Falschinformationen (Fake News) oder Hassrede das Ziel verfolgen, die Gesellschaft hinsichtlich der Haltung zu einem Thema zu spalten oder bestehende Konflikte anzukurbeln. Zudem können Parteien oder politische Akteurinnen und Akteure soziale Medien für sogenanntes (Micro-)Targeting nutzen. Dabei werden Nutzerinnen und Nutzer auf der Basis ihrer geposteten Informationen in kleinste Gruppen eingeordnet, denen maßgeschneiderte Inhalte gezeigt werden, zum Beispiel manipulative Wahlwerbung, um sie politisch zu beeinflussen.

Angesichts dieser widersprüchlichen Mischung aus Hoffnungen und Befürchtungen bleibt zunächst zu klären, wie soziale Medien überhaupt genutzt werden und welche Wirkungen



sie bei den Menschen, die sie nutzen, entfalten können, gerade im Hinblick auf politische Themen bzw. politische Beteiligungsprozesse.

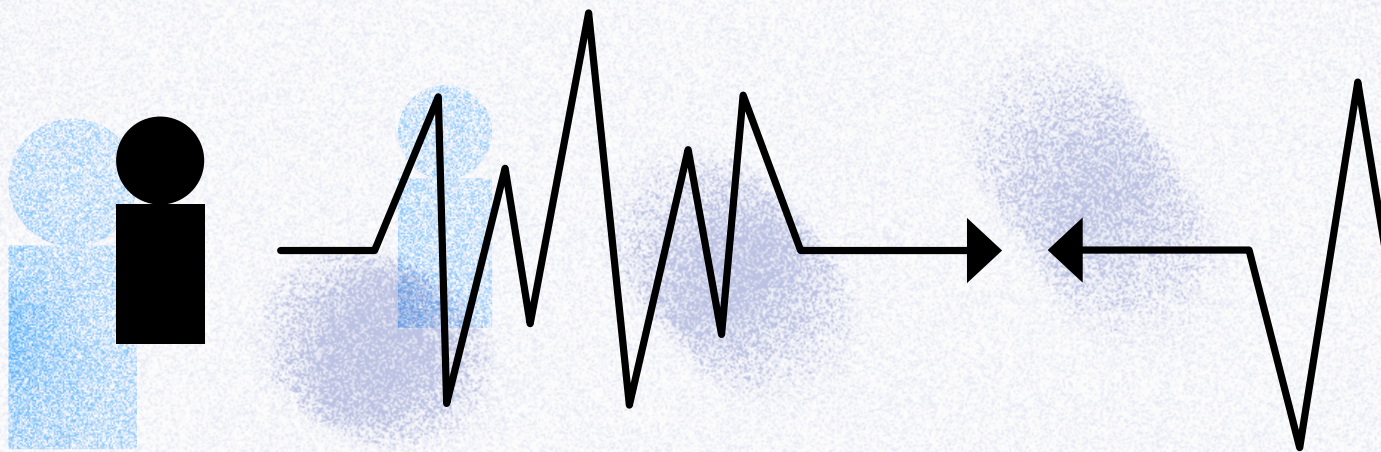
Wie gestaltet sich die (politische) Nutzung sozialer Medien heute?

Positive oder negative Wirkungen von sozialen Medien hängen grundlegend davon ab, wie sie genutzt werden. Tatsächlich zeigen sich bei der Nutzung sozialer Medien deutliche Unterschiede: Laut ARD/ZDF-Onlinestudie griffen 2022 im Schnitt 50 Prozent der Deutschen ab 14 Jahren mindestens einmal in der Woche auf soziale Medien zu. Bei den 14- bis 29-Jährigen waren es 88 Prozent, bei den über 70-Jährigen lediglich 10 Prozent. Demokratisierungs- oder Beteiligungsmöglichkeiten dieser Angebote stehen entsprechend keinesfalls gleichermaßen der gesamten Bevölkerung zur Verfügung.

Betrachtet man die Häufigkeit der Nutzung oder die Beliebtheit der verschiedenen Plattformen genauer, treten noch weitere Unterschiede zutage, je nach Alter und Geschlecht der Nutzenden. So haben jeweils um die 60 Prozent derjenigen, die Facebook bzw. Instagram bevorzugen, den Eindruck, dass sie auf ihrer Lieblingsplattform gut informiert werden. Dies wird nach einer Studie des Kommunikationswissenschaftlers Winfried Schulz zunehmend relevant: So gaben zum Beispiel im Bundestagswahlkampf 2021 knapp 50 Prozent der Erstwählerinnen und Erstwähler an, die meisten Informationen zum politischen Geschehen über soziale Medien zu erhalten.

Was genau die Nachrichtennutzung auf diesen Plattformen umfasst, lässt sich in einer Befragung nur sehr grob erfassen: Auf Facebook, YouTube, Twitter und Instagram werden Nachrichten überwiegend aus etablierten Quellen oder direkt von Journalistinnen und Journalisten rezipiert. Kleinere journalistische Angebote oder Inhalte von »normalen Bürger*innen« sind weitere wichtige Quellen.

In einer repräsentativen Befragung wahlberechtigter Nutzerinnen und Nutzer des Internets haben sich 2016 zwischen verschiedenen politischen Milieus deutliche Unterschiede hinsichtlich der Nutzung von traditionellen Nachrichtenmedien und sozialen



Medien gezeigt. Einige Milieus haben in Bezug auf politische Meinungen ein auffallend homogenes Online-Kontakt Netzwerk. Es liegt nahe, dass diese auch eher einseitige Inhalte auf digitalen Plattformen angezeigt bekommen als Nutzer mit vielfältigen Kontakten. Ansonsten ist bemerkenswert, dass knapp 15 Prozent der Befragten der Studie von Raphael Kösters und Olaf Jandura von der Universität Düsseldorf angaben, kaum »klassische« journalistische Angebote zu nutzen, sondern wenn überhaupt, dann vor allem über die Plattform Facebook Nachrichten zu konsumieren. Auch wenn diese Nutzung eher sporadisch ist, so bringt die Plattform politikferne Menschen dennoch in Kontakt mit Berichterstattung über aktuelles politisches Geschehen.

Ein ähnlicher Effekt zeigt sich auch in Studien mit Nutzungsdaten, die die Teilnehmenden freiwillig zur Verfügung gestellt haben. Eine Untersuchung von Michael Scharkow von der Universität Mainz und Kollegen auf der Basis solcher getrackter Browserdaten für Deutschland in den Jahren 2012 und 2018 hat zum Beispiel ergeben, dass der Besuch auf Facebook oder Twitter die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass danach eine journalistische Webseite aufgerufen wird. Dieser Effekt hat sich über die Zeit sogar verstärkt.

Was die inhaltliche Ausrichtung genutzter Beiträge angeht, so bietet das Zwei-Parteiensystem in den USA eine vergleichsweise leicht auszuwertende Möglichkeit für die Forschung, wie eine Studie des US-Politikwissenschaftlers Andrew Guess zeigt: Seine Datenerhebungen von 2015 und 2016 zeigen, dass die meisten Nutzerinnen und Nutzer auf Nachrichtenbeiträge zugriffen, die in der Mitte zwischen den beiden großen Parteilagern – Demokraten und Republikanern – angesiedelt waren, unabhängig von ihrer eigenen politischen Position. Lediglich kleine Gruppen am äußeren Rand des Meinungsspektrums nutzten viele Inhalte, die nur unter Gleichgesinnten beliebt waren.

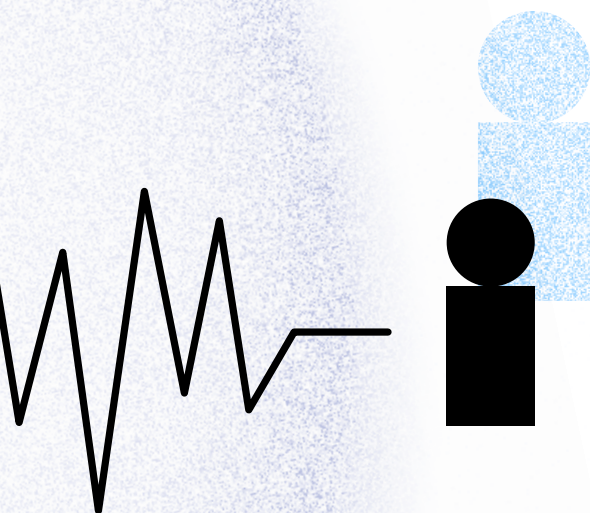
In Deutschland ist die Nutzung sozialer Medien besonders in den jüngeren Altersgruppen weit verbreitet, sodass in diesen Gruppen auch die Informationsbeschaffung über Online-Plattformen zunimmt. Soziale Medien führen aber weder zu einer Entpolitisierung noch zu einer Fragmentierung der gesamten Gesellschaft in Gruppen von Gleichgesinnten. Allerdings erscheinen in den Studien zur unterschiedlichen Mediennutzung auch Gruppen abseits des Mainstreams. Gerade ältere und politikferne Menschen sowie kleine radikale Teilgruppen nutzen soziale Medien anders, sodass diese bei ihnen auch andere Wirkungen entfalten können.

Welche politischen Wirkungen der Nutzung sozialer Medien sind nachgewiesen?

Angesichts der Tatsache, dass die Nutzung sozialer Medien vielfältig ist, erstaunt es nicht, dass Wirkungsstudien für Deutschland und andere Länder ebenfalls zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Dies liegt unter anderem daran, dass man verschiedene Arten von Medienwirkungen unterscheiden kann. Im Folgenden werden die Ergebnisse entsprechend den untersuchten Wirkungen gruppiert, beginnend mit den naheliegendsten Effekten.

Wahrnehmung von Themen

Vergleichsweise direkt beeinflusst die Mediennutzung, welche Themen Menschen wahrnehmen. Menschen, die sich regelmäßig auf sozialen Netzwerkseiten aufhalten, nehmen mehr unterhaltende und online beliebte Beiträge wahr. Sie bekommen aber nicht mehr oder weniger Nachrichten über aktuelle Ereignisse mit als Menschen, die diese Plattformen nicht oder nur selten nutzen. Im Vergleich zu den 1990er-Jahren geben die Menschen heute mehr Themen an, die sie als aktuell wichtig wahrnehmen. Trotz dieser steigenden Zahl gibt es aber nach wie vor große Überschneidungen bei Themen, über die Nutzer sich mit anderen unterhalten.



Politisches Wissen

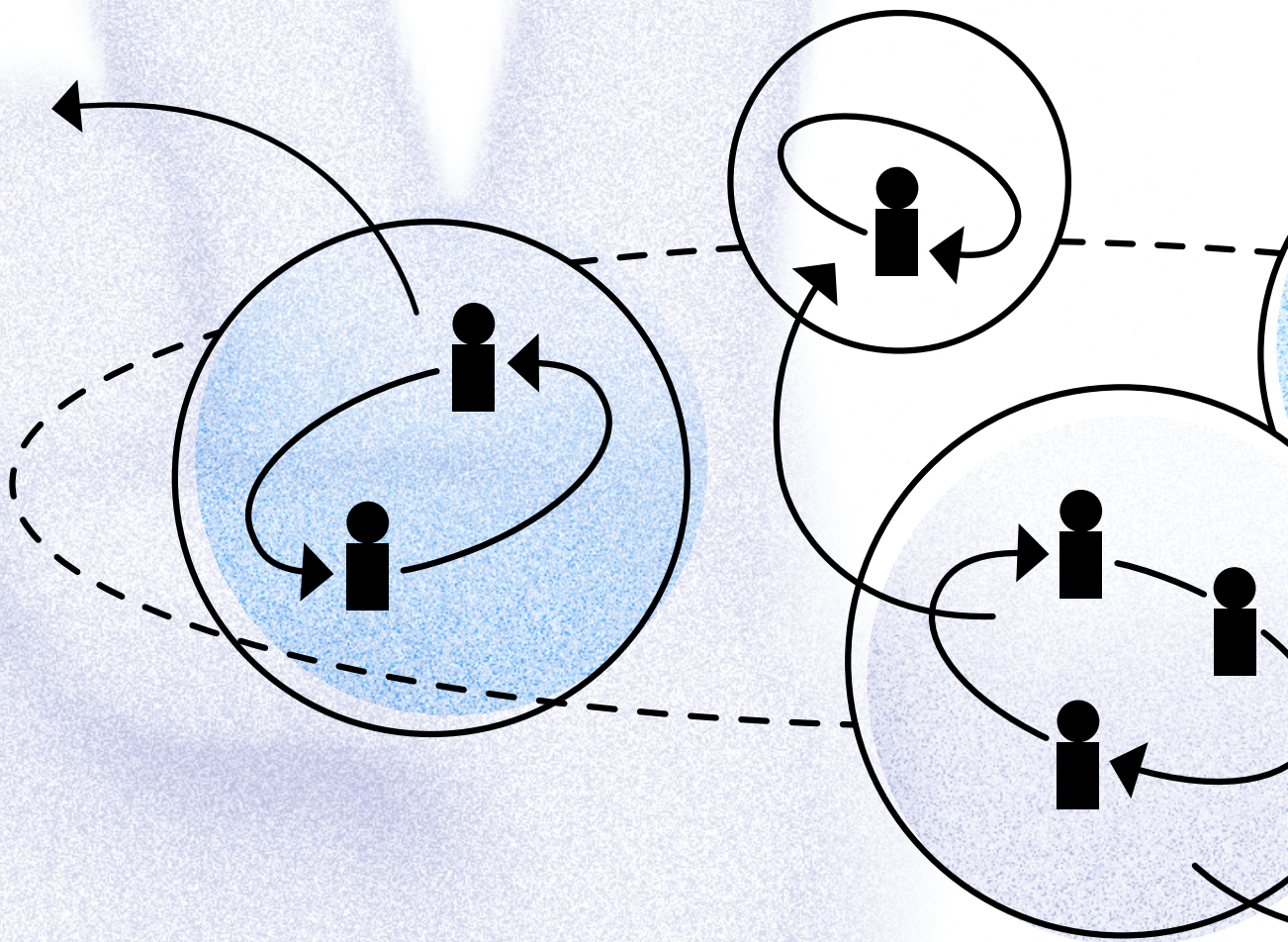
Über die reine Wahrnehmung eines Themas hinaus untersuchen andere Arbeiten, inwiefern durch Nutzung sozialer Medien Wissen über Politik oder aktuelle politische Ereignisse vermittelt wird. Unabhängig davon, ob den Teilnehmenden konkrete Wissensfragen gestellt werden oder die Selbsteinschätzung des eigenen politischen Wissens erfragt wird, zeigt sich vor allem die hohe Bedeutsamkeit des individuellen Interesses. Die Nutzung sozialer Medien ist dagegen weniger bedeutsam. Von Plattform zu Plattform können die Ergebnisse zudem unterschiedlich ausfallen: In einer Studie aus dem Jahr 2017 zur Selbsteinschätzung politischen Wissens, die Birgit Stark, Melanie Magin und Pascal Jürgens von der Universität Mainz vorgelegt haben, hat die Nutzung von Twitter oder YouTube einen stärkeren positiven Effekt als die von Facebook.

Politische Meinungen

Durch soziale Medien kann auch die eigene politische Meinung beeinflusst werden. Studien dazu untersuchen vor allem, ob es zu einer Polarisierung von Positionen kommt, ob sich also Meinungslager im Laufe der Zeit weiter voneinander entfernen. Birgit Stark und ihr Team sind zu diesem Zweck beispielsweise der Frage nachgegangen, ob die Nutzung von Facebook insgesamt oder speziell als Informationsquelle damit zusammenhängt, wie extrem man seine eigene politische Meinung einschätzt. Auf der Basis der Selbstauskunft der Befragten konnte dieser Zusammenhang allerdings nicht bestätigt werden. Eine Überblicksarbeit aus dem Jahr 2021 zu sieben Experimentalstudien aus den USA und Österreich, in denen die Teilnehmenden mit Meinungsbeiträgen aus sozialen Medien konfrontiert wurden, hat dagegen gezeigt, dass sich bestehende Unterschiede zwischen Meinungslagern vertiefen. Worauf dieser Mechanismus beruht, wie lange nach dem Experiment der Effekt noch anhält oder inwiefern er auf die alltägliche Nutzung sozialer und anderer Medien übertragbar ist, bleibt jedoch offen.

Politisches Verhalten

Die potenziell weitreichendste Wirkung von sozialen Medien stellt die Änderung des eigenen Verhaltens hinsichtlich politischer Beteiligung dar. Studien untersuchen dazu verschiedene Formen von Beteiligung, etwa die Teilnahme an Wahlen, aber auch eine große Bandbreite an Protestbekundungen, zum Beispiel Demonstrationen oder Boykotte. Dabei betont die Partizipationsforscherin Shelley Boulianne, dass



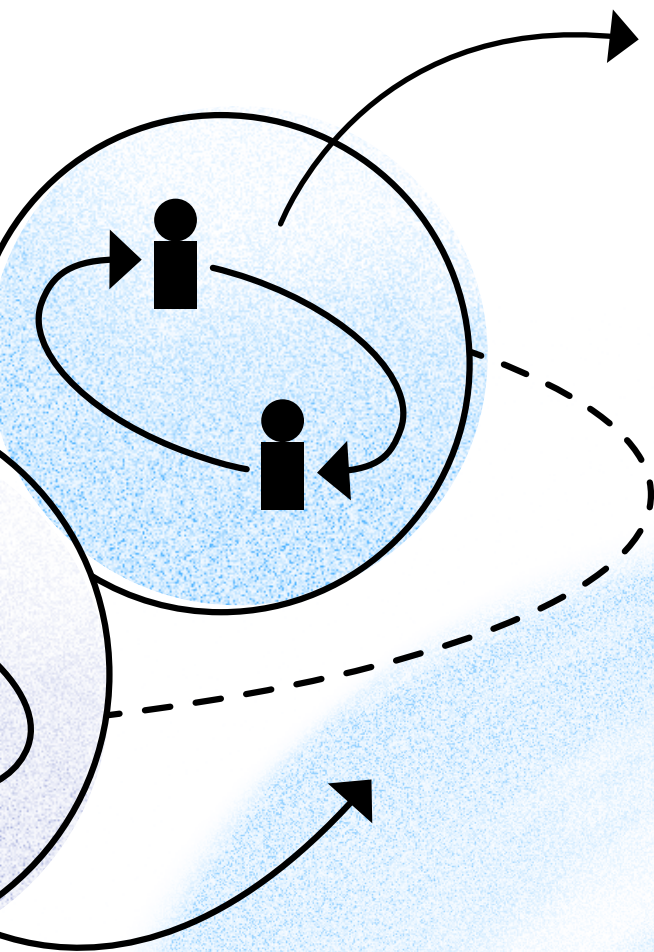
Mediennutzung nur ein Faktor von vielen ist, die politisches Verhalten bzw. das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern beeinflussen. Hier kommen ebenfalls Merkmale zum Tragen, die für die Nutzung sozialer Medien generell eine Rolle spielen: Alter, Geschlecht und politisches Interesse. Hinzu kommt, dass es konkrete Hilfestellungen oder auch Hürden geben kann, die die Wahrscheinlichkeit eines bestimmten politischen Verhaltens ebenfalls erhöhen oder verringern können. Das kann zum Beispiel die besonders leicht verständliche Benutzeroberfläche einer digitalen Beteiligungsplattform sein oder umgekehrt die fehlende Unterstützung bei Problemen mit digitalen Beteiligungsmöglichkeiten.

Shelley Boulianne fand im Vergleich von 36 weltweit durchgeführten Studien zur Mediennutzung in vier von fünf Arbeiten zur Nutzung sozialer Medien und politischer Beteiligung einen positiven Zusammenhang. Allerdings wies sie darauf hin, dass das Design vieler Studien nicht ausreicht, um soziale Medien als Ursache für politische Partizipation zu bestimmen. Es ist auch möglich, dass andere Faktoren, wie das bereits genannte politische Interesse, sowohl das Nutzungs- als auch das Beteiligungsverhalten bedingen. Dies bestätigen auch Studien von Reimar Zeh und Christina Holtz-Bacha zur Bundestagswahl 2013 sowie von Winfried Schulz zur Wahl 2017, nach denen die Nutzung sozialer Medien nicht mit der Wahlabsicht zusammenhängt bzw. die Wahlkommunikation der Parteien in sozialen Medien vor allem bereits überzeugte Anhängerinnen und Anhänger erreicht.

Fazit: Demokratisierung und Fragmentierung

Sowohl die Nutzung als auch die politische Wirksamkeit sozialer Medien gestalten sich sehr unterschiedlich. Sie können für politische Information, Meinungsbildung und Mobilisierung genutzt werden – ob das geschieht, hängt aber von vielen Faktoren ab. Wer schon von sich aus ein hohes politisches Interesse oder eine starke Parteineigung hat, zeigt häufig auch ein stärker politisch geprägtes Nutzungsverhalten, sodass sich weitere positive Effekte ergeben können. Besonders bei Menschen, die mit Politik wenig anfangen können oder bereits extreme Meinungen teilen, können sich aber ganz andere Wirkungen zeigen, weil sie anfälliger für Falschinformationen oder radikale Inhalte sein können. Somit haben »die« sozialen Medien, die in Bezug auf Inhalte und Nutzungsweisen ebenfalls vielfältig sind, gleichzeitig sowohl Demokratisierungs- als auch Fragmentierungspotenzial.

Die beiden Begriffe haben in diesem Text als Beispiele gedient, um einen Überblick über positive und negative Annahmen zu sozialen Medien zu geben. Eine fragmentierte Nutzung solcher Plattformen muss aber nicht unbedingt demokratieschädlich sein. Für Gruppen am Rand der Gesellschaft kann die Vernetzung mit Gleichgesinnten über soziale Medien auch ein erster Schritt sein, um sich und ihre Anliegen anschließend gemeinsam in breitere politische Debatten einzubringen. Diese Widersprüchlichkeit stellt für die Entwicklung von Medienkompetenz, für politische Online-Formate, aber auch für die Regulierung und das Monitoring von Anbietern politischer



Themen und Inhalte auf Social-Media-Plattformen eine große Herausforderung dar. Sie zeigt zudem auf, dass Ergebnisse, die zu einem bestimmten Zeitpunkt, im Hinblick auf ein bestimmtes Thema, in einem einzelnen Land und auf einer bestimmten Plattform dokumentiert wurden, immer in diesem spezifischen Kontext gesehen werden sollten und sich nicht automatisch auf andere Kontexte übertragen lassen.

Eine Langfassung dieses Beitrags mit allen Quellenangaben finden Sie unter www.bpb.de/545791.

Soziale Medien – wie sie wurden, was sie sind

Das aktuelle bpb-Dossier wirft einen umfassenden Blick auf die Geschichte sozialer Medien, mit ihnen verbundene Geschäftsmodelle und Mythen sowie Folgen für Demokratie, Gesellschaft und die politische Bildung.

www.bpb.de/soziale-medien

Aktiv werden gegen Verschwörungserzählungen

Seit der Corona-Pandemie verbreiten sich in Deutschland verstärkt Inhalte in den sozialen Medien, die hinter allem eine Verschwörung global agierender Eliten zur Übernahme der Weltherrschaft vermuten. In Krisenzeiten haben besonders antisemitische Verschwörungserzählungen Hochkonjunktur, etwa im Zuge des Nahostkonflikts. Gerade in den sogenannten teilöffentlichen Räumen der sozialen Medien findet eine mögliche Radikalisierung im Verborgenen statt – wenn zum Beispiel Verschwörungserzählungen unkommentiert stehen bleiben oder sie Konflikte eskalieren lassen.

Das von der bpb geförderte Modellprojekt »Stop Right Here!« zielt darauf, der Radikalisierung durch Verschwörungserzählungen auf Facebook entgegenzuwirken, indem Leitungspersonen von Facebook-Gruppen für das Thema sensibilisiert und mit nützlichem Handlungswissen und Werkzeugen ausgestattet werden. Mittelpunkt des Projekts ist die Plattform www.admin-hilfe.info. Mittels sechs verschiedener Tools, von einem Netiquette-Generator über Sticker-Sets bis hin zu einem Verschwörungsbarometer, bietet sie praxisnahe, leicht rezipierbare Handlungsempfehlungen zur Prävention von Verschwörungserzählungen und zum Umgang damit.

Die niedrigschwelligen Tools richten sich nicht nur an Administratorinnen und Administratoren von Gruppen auf Facebook, Telegram & Co., sondern an alle Personen, die Hilfe und Rat suchen, um Verschwörungsnarrativen zu begegnen und aktiv dagegen vorzugehen.

www.admin-hilfe.info

Politische Bildung für alle!

Ob Veranstaltungen, Bücher, Zeitschriften, didaktische Materialien oder die Online-Angebote der bpb: Eine aktuelle Auswahl aus dem vielseitigen Programm finden Sie auf den nächsten Seiten.

Viel Spaß beim Stöbern und Entdecken!

Veranstaltungen
S. 42–43

Online-Angebote
S. 44–45

Publikationen
S. 46–49

bpb: veranstaltungen www.bpb.de/veranstaltungen

APRIL

11.4. // Online
Digitaler Workshop
Rechtsextremismus auf TikTok begegnen
Für Multiplikator/-innen
→ werkstatt.bpb.de
nina@diegesellschaft.de

20.4. // Berlin
Tagung
Starkes Meer – Der Widerstand auf der Krim
Für interessierte Bürger/-innen, Multiplikator/-innen, Jugendliche
→ kateryna.mishchenko@bpb.de

24.4. // Berlin
Podiumsveranstaltung
75 Jahre Bundesrepublik: eine Bilanz des geteilten und vereinten Deutschlands
Für Multiplikator/-innen und interessierte Bürger/-innen
→ deutschlandarchiv@bpb.de

26.4. // Halle
Fortbildung
Vom Stummfilm zu Jim Knopf – Mit Filmen Rassismus sehen lernen
Für Lehrer/-innen
→ www.filmmachtmut.de
zentrale@filmmachtmut.de

MAI

14.5. // Berlin
16.5. // Bonn
Konzert und moderiertes Gespräch
Tiny concerts & talks. Musik und Widerstand in Belarus
Für interessierte Bürger/-innen, Multiplikator/-innen, Jugendliche
→ carolin.savchuk@bpb.de

19./20.5. // Berlin
Workshop
Workshop »YOU:KO@EM2024«
Für junge Engagierte aus dem Sportbereich (16–23 Jahre)
→ www.juko-engagiert.de
youko@bpb.de

20.–24.5. // Berlin
Kongress
Jugendengagementkongress
Für junge Engagierte (16–23 Jahre)
→ www.juko-engagiert.de
juko-engagiert@bpb.de

22.–24.5. // Frankfurt am Main
Konferenz
YUNIK 2024
»Keine Konferenz – eine Werkstatt«
Für Interessierte aus den Bereichen Kulturvermittlung, Kunst und politische Bildung
→ yunik-konferenz.de
h.schoenfeld@kulturstiftung.de

23.5. // Berlin
Festakt
Tag des Grundgesetzes
Für Multiplikator/-innen, zivilgesellschaftlich Engagierte und die interessierte Öffentlichkeit
→ www.bpb.de/festakt
juko-engagiert@bpb.de

23.5. // Bonn

Festakt

10 Liebeserklärungen an das Grundgesetz

Für die interessierte Öffentlichkeit

→ kommunikation@bpb.de

29.5. // Berlin

Tagung

Ermittlung der Zahl der Toten des DDR-Grenzregimes

Für Fach-Historiker/-innen, Multiplikator/-innen aus Gedenkstätten und Hochschulen, Wissenschaftler/-innen

→ deutschlandarchiv@bpb.de

JUNI

4.6. // Bonn

Buchdiskussion

Welten der Sklaverei – eine vergleichende Geschichte

Für die interessierte Öffentlichkeit

→ kommunikation@bpb.de

5. – 7.6. // Tutzing

Seminar

Politik spielerisch vermitteln

Für Multiplikator/-innen und Lehrkräfte

→ www.apb-tutzing.de

planspiele@bpb.de

6.6. // Berlin

Fachtag

Religion in der politischen Bildung

Für Multiplikator/-innen, interessierte Bürger/-innen

→ ann-sophie.holz@bpb.de

6./7.6. // Fulda

Tagung

Viertes Fuldaer Föderalismus Forum: »75 Jahre Grundgesetz und der Föderalismus in Deutschland«

Für Studierende, für Multiplikator/-innen, interessierte Bürger/-innen

→ michaela.ritz@fulda.de

13./14.6. // Berlin

Kongress

12. Kulturpolitischer Bundeskongress »Post-Polarisierung? Kulturpolitische Narrative gestalten«

Für Interessierte aus der kulturellen und kulturpolitischen Praxis sowie der kulturellen und politischen Bildung

→ www.kupobuko.de

callenberg@kupoge.de

22.6. // Essen

Preisverleihung

Aktiv-Wettbewerb 2023

Für zivilgesellschaftlich Engagierte, Multiplikator/-innen und interessierte Bürger/-innen

→ www.bpb.de/aktiv

paula.nartschik@bpb.de

26. – 28.6. // Berlin

Konferenz

Bundesweites Gedenkstättenseminar: Nie wieder! Nie wieder was? – Antisemitismus- und rassismuskritische Ansätze in der Gedenkstättenpädagogik

Für Lehrende und Multiplikator/-innen

→ veranstaltungen@ghwk.de

28. – 30.6. // Tutzing

Fachtagung

(P)ostmigrantische Gesellschaft – ost-, mittel- und südosteuropäische Perspektiven

Für Multiplikator/-innen und

Wissenschaftler/-innen

→ anna.delius@bpb.de

SEPTEMBER

24. – 26.9. // Berlin

Konferenz

Digitale politische Bildung

Für Akteurinnen und Akteure der politischen und Medienbildung, Vertreter/-innen der digitalen Zivilgesellschaft

→ Demokratie.netz@bpb.de

VERANSTALTUNGSREIHEN

14.4./16.6./25.8. // Gera

Gespräch

Sonntagsgespräche

Für interessierte Bürger/-innen

→ VeranstaltungenFB-L@bpb.de

6.6./5.9. // Gera

Podium

Geraer Gespräche

Für interessierte Bürger/-innen

→ VeranstaltungenFB-L@bpb.de

14.5./4.6./18.6. // Online

Lecture

Digitalisierung:

feministisch & dekolonial

Für interessierte Bürger/-innen

→ VeranstaltungenFB-L@bpb.de

AUSSTELLUNGEN

Outdoor-Ausstellung

»75 Gründungsgeschichten«

23.5. – 6.6. // Berlin

23.5. – 19.7. // Bonn

11.6. – 15.10. // Görlitz

26.9. – 13.11. // Leipzig

Für Schüler/-innen und interessierte

Bürger/-innen

→ deutschlandarchiv@bpb.de

WEITERES

Studienreise

Israel-Studienreisen (unter Vorbehalt)

Für Multiplikator/-innen

→ www.bpb.de/studienreisen

israel-studienreisen@bpb.de



UP TO EAST

Die Veranstaltungsreihe »Up to East« setzt sich mit den Hintergründen aktueller politischer, gesellschaftlicher und kultureller Entwicklungen und Ereignisse in den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas auseinander. Sie schafft Raum für Analysen und Debatten am Standort der bpb in Berlin.

www.bpb.de/up-to-east



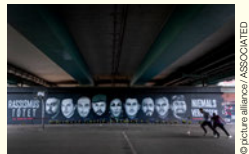

Online-Dossiers (Auswahl)

Online-Dossiers, Erklärvideos und Infografiken: Auf www.bpb.de beantworten wir Fragen rund um Politik, Gesellschaft und Zeitgeschichte.


→ Kino made in Hongkong

Das Kino Hongkongs war stets ein Aushandlungsort für die politischen Konflikte der Stadt. Neben der lokalen Filmkultur beleuchtet das Dossier deshalb Fragen rund um Identität, Protest und Zensur.

www.bpb.de/hongkongkino


→ Rechtsextremismus

Nicht nur am Rand der Gesellschaft gibt es rechtsextreme Einstellungen wie Rassismus, Antisemitismus oder den Glauben an einen starken Führer – und Radikalisierungsbiografien, die in Gewalt münden.

www.bpb.de/rechtsextremismus


→ Migration weltweit

Das Dossier bietet Daten und Statistiken, Informationen zu Geschichte, rechtlichen und politischen Maßnahmen zur Steuerung von Migration sowie zu aktuellen Debatten über Zuwanderung, Flucht und Asyl.

www.bpb.de/migration-weltweit


→ Geopolitik und Welthandel

Die Geopolitik beeinflusst den globalen Handel aktuell massiv. Wie können sich Deutschland und Europa in dieser Lage unabhängiger machen? Das Spezial gibt einen Überblick zur Lage der Globalisierung.

www.bpb.de/geopolitik-und-welthandel


Filme in der Mediathek (Auswahl)

In der bpb-Mediathek finden Sie Erklärfilme, Dokumentationen, Reportagen – und sogar Spielfilme. Unsere Highlights: www.bpb.de/film-highlights


→ Spuren – Die Opfer des NSU

Während Täter und Taten des rechtsextremen NSU-Terrornetzwerks heute Teil des kollektiven Gedächtnisses sind, ist über die Opfer und ihre Angehörigen nur wenig bekannt.

www.bpb.de/spuren


→ 9/11 Santiago – Flucht vor Pinochet

50 Jahre nach dem Putsch in Chile gegen Salvador Allende hat Thomas Grimm mit den Kindern der Geflüchteten gesprochen.

www.bpb.de/santiago


→ Die Autobahn – Kampf um die A49


Seit Jahrzehnten ist in Hessen der Ausbau der A49 in Planung. Ebenso lange währt der Widerstand gegen das Bauprojekt.

www.bpb.de/a49


→ Die Wismut

Volker Koepp porträtiert eine geschundene Landschaft und Menschen, die mit Würde, Stolz und Trauer auf 40 Jahre Arbeit im Bergbauunternehmen Wismut zurückblicken.

www.bpb.de/die-wismut


kurz & knapp (Auswahl)

Auf bpb.de finden Sie Lexika und Gesetzestexte zu Grund- und Fachbegriffen aus Politik und Wirtschaft sowie über 300 Info- und Themengrafiken zu verschiedenen Themengebieten.


→ Hintergrund aktuell

Wöchentlich greifen Texte und Interviews politische Ereignisse auf, zeigen die Konflikte hinter den Schlagzeilen und liefern entscheidende Fakten für ihr Verständnis.

www.bpb.de/hintergrund-aktuell


→ Zahlen und Fakten

Wie funktioniert Politik? Unsere Info- und Themengrafiken machen komplexe Zusammenhänge verständlich.

www.bpb.de/zahlen-und-fakten


→ Moderate Cuddlefish


Moderate Cuddlefish ist ein Serious Game, das sich an Jugendliche und junge Erwachsene ab 14 Jahren richtet und besonders für den Einsatz in der Schule geeignet ist.

www.bpb.de/cuddlefish


→ Hanisauland-App

HanisauLand ist das crossmediale Angebot der bpb für Kinder zwischen 8 und 14 Jahren. Die App bietet Comics, Spiele und viele Informationen und Erklärungen zu Politik und Gesellschaft.

www.bpb.de/hanisauland-app


Apps (Auswahl)

Politische Bildung to go: Unsere Apps für Smartphone und Tablet machen Politik erlebbar. Überzeugen Sie sich selbst: www.bpb.de/apps

Webvideo-Formate (Auswahl)

Bereits seit 2012 sind wir im Social Web und auf YouTube mit Eigen- und Kooperationsprojekten unterwegs. Hier gibt es eine Übersicht, Hintergrundinfos und Materialien zu den Webvideo-Formaten: www.bpb.de/bewegtbild



→ Extrem Einsam

Was hat Einsamkeit mit Extremismus zu tun? Laut der Studie »Extrem Einsam« fühlen sich immer mehr Jugendliche einsam, und das hat Einfluss auf unsere Demokratie.

www.bpb.de/extremeinsam



→ For Your Disinformation

In der Quizshow von Rocket Beans TV treten je zwei bekannte Gäste gegeneinander an und stellen sich der Aufgabe, in zehn Spielrunden Informationen von Desinformationen zu unterscheiden.

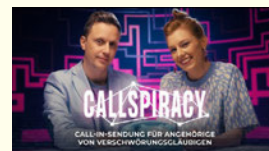
www.bpb.de/fyi



→ Mind the Gaps

Gender-Pay-Gap, Gender-Data-Gap oder Gender-Health-Gap? Um für existierende »Gaps« zu sensibilisieren, zeigt das Webvideo-Projekt verschiedene Dimensionen von Diskriminierung auf – und das mit Humor.

www.bpb.de/mindthegaps



→ Callspiracy

Die Moderatorin Eva Schulz und der Beratungsexperte Tobias Meilicke sprechen in der Call-in-Sendung mit prominenten Gästen über Verschwörungserzählungen und beraten Anrufer/-innen zum Umgang mit diesen Mythen.

www.callspiracy.de

Podcasts (Auswahl)

Mit unseren Podcasts und Hörspielen tauchen Sie tief ein in aktuelle und historische Themen.

Jetzt reinhören: www.bpb.de/podcasts



→ APuZ Podcast

Im APuZ-Podcast geht es in jeder Folge um ein aktuelles Thema – mit Hintergründen und Einblicken, wissenschaftlich fundiert, kontrovers und überraschend.

www.bpb.de/apuz-podcast



→ Schere, Stein, Politik

In dem Podcast gehen die Volontärinnen und Volontäre der bpb den Dingen des Alltags auf den Grund und finden heraus, was sie mit Wirtschaft, Gesellschaft und Politik zu tun haben.

www.bpb.de/schere-stein-politik



→ Exil-Podcast

Basierend auf Sammlungen aus dem Archiv des Leo Baeck Institute erzählt der Podcast »Exil« 12 persönliche Geschichten deutschsprachiger Jüdinnen und Juden aus der Zeit des Nationalsozialismus.

www.bpb.de/exil



→ Werkstatt-Gespräch

Hier dreht sich alles um KI und Bildung. Zu Gast sind Fachleute aus Praxis, Forschung und Entwicklung, die Fragen rund um KI und maschinelles Lernen verständlich beantworten. Die neue Staffel des Podcasts startet am 14. März.

werkstatt.bpb.de/KI

Weitere Online-Angebote (Auswahl)

Auch jenseits von bpb.de setzen wir uns online mit Politik auseinander – mal kindgerecht, mal für Jugendliche, mal mit dem Fokus auf ganz besondere Themen.



→ wahl-o-mat.de

Seit 2002 gibt es den Wahl-O-Mat der bpb. Er hat sich zu einer festen Informationsgröße im Vorfeld von Wahlen etabliert.

www.wahl-o-mat.de



→ hanisauland.de

»HanisauLand« bietet für Kinder spannende, kurze und verständliche Informationen, Spiele und Rätsel zu Politik und Zeitgeschichte.

www.hanisauland.de



→ fluter.de

»fluter« ist das Jugendmagazin der bpb. Es beleuchtet Hintergründe und Diskussionen, liefert Argumente, zeigt Menschen und ihre Erfahrungen – aktuell und informativ.

www.fluter.de



→ eurotopics.net

Ein Thema – viele Meinungen: »euro|topics« gibt einen täglichen Überblick über aktuelle politische Debatten in mehr als 500 europäischen Print- und Online-Medien.

www.eurotopics.net

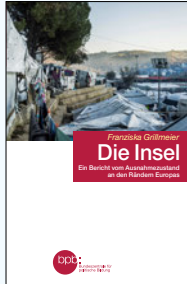
bbp: publikationen | Neuerscheinungen

www.bpb.de/shop

Bestellnummern (z. B. 10410) sind jeweils kursiv gesetzt.

Schriftenreihe

Die *Schriftenreihe* bietet ein breites Themenspektrum aus Zeitgeschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Umwelt, Bildung und Kultur. Sie setzt auf drei Ebenen an: der Vermittlung von Wissen, der Begleitung aktueller gesellschaftlicher Diskurse und der Befähigung zur Teilhabe an gesellschaftlichen und politischen Prozessen.



– Die Insel. Ein Bericht vom Ausnahmezustand an den Rändern Europas

Franziska Grillmeier

Franziska Grillmeier schildert die Situation an den EU-Außengrenzen, insbesondere in Moria, dem zeitweilig größten Flüchtlingslager Europas. Dabei macht sie auch auf die menschlichen Schicksale aufmerksam.

2024 | 11062 | 4,50 €



– Am Ende der Straße. Afghanistan zwischen Hoffnung und Scheitern

Wolfgang Bauer

2021 haben die Taliban wieder die Macht in Afghanistan übernommen. Wolfgang Bauers Reportagen dokumentieren das Scheitern der westlichen Intervention und fragen danach, was dies für die Afghaninnen und Afghanen bedeutet.

2024 | 11049 | 4,50 €



– Zwischen Dürre und Flut. Deutschland vor dem Wassernotstand: Was jetzt passieren muss

Uwe Ritzer

Deutschland vor dem Wassernotstand? Wenig Niederschlag, hoher industrieller Verbrauch, Schadstoffbelastung. Der Journalist Uwe Ritzer beschreibt, warum das Lebenselixier Wasser knapp zu werden droht.

2024 | 11071 | 4,50 €



– Fernsehen in Deutschland. Ein politisches Medium im Wandel

Andreas Dörner

Fernsehen ist ein politisches Medium im zweifachen Sinn. So wie es einerseits politisch geformt und eingehegt ist, konstruiert es selbst politische Realitäten.

2024 | 10995 | 7 €



– Black Germany. Schwarz, deutsch, feministisch – die Geschichte einer Bewegung

Tiffany N. Florvil

Schwarze Deutsche mussten lange für ihre Anerkennung als Teil der deutschen Gesellschaft kämpfen, und die Bemühungen dauern an. Tiffany N. Florvil untersucht, welche Aktivistinnen sich im Zeitraum der 1980er- bis in die 2000er-Jahre für mehr Sichtbarkeit und Anerkennung eingesetzt haben.

2024 | 11044 | 4,50 €



– MACHT RAUM GEWALT. Planen und Bauen im Nationalsozialismus und im geteilten Nachkriegsdeutschland

Wolfgang Benz/Tilman Harlander et al. (Hrsg.)

Die Beherrschung des Raums mit Mitteln der Macht und Gewalt war Teil nationalsozialistischer Ideologie. Das Buch zeigt Wirkungen und Wechselbeziehungen nationalsozialistischen Bauens und fragt nach dem Umgang mit dem baulichen Erbe der NS-Zeit.

2024 | 11097 | 7 €



– Demokratie gestalten! Herausforderungen und Ansätze für Bildungs- und Sozialarbeit

Kurt Möller/Florian Neuscheler/
Felix Steinbrenner (Hrsg.)

Was kann demokratische Bildungs- und Sozialarbeit für die Zukunft der Demokratie leisten? Die Beiträge des Buches untersuchen dies mit Blick auf deren Herausforderungen sowie Chancen und Grenzen.

2024 | 11046 | 4,50 €



– Islamismus. Eine Einführung

Sabine Damir-Geilsdorf

Islamismus ist ein schillernder und oft unscharf genutzter Oberbegriff für unterschiedliche Phänomene und Akteure. Die Einführung von Sabine Damir-Geilsdorf verschafft einen fundierten Überblick.

2023 | 10898 | 4,50 €

Zeitbilder

Die *Zeitbilder* stellen historische, gesellschaftliche und kulturelle Themen anschaulich und lebensnah dar. Sie machen neugierig auf das, was in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur in Deutschland und der EU diskutiert und entschieden wird.



→ Shaping the Past (DE/EN/ES)

Paul M. Farber/Patricia Eunji Kim (Hrsg.)

Als vielschichtiger Schnappschuss von transnationalen Debatten zeigt der dreisprachige Band Möglichkeiten des zivilgesellschaftlichen Umgangs mit umstrittenen Denkmälern und Geschichtsbildern.

2024 | 3913 | 7 €



→ Nationalsozialismus. Aufstieg – Macht – Niedergang – Nachgeschichte

Gerhard Paul/Michael Wildt

Gerhard Paul und Michael Wildt schildern den Nationalsozialismus als Gesellschafts- und Mediengeschichte. Deren Bild- und Tonwelten erschließen der reich bebilderte Band und eine innovative App.

2023 | 3910 | 7 €



→ Die deutsche Demokratie

Frank Decker

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus, heißt es im Grundgesetz. Welche Instanzen und Mechanismen sichern diesen Grundsatz? Und wie hat sich das Regierungssystem gewandelt?

2022 | 3909 | 4,50 €



→ Terrorismus im 21. Jahrhundert. Perspektiven. Kontroversen. Blinde Flecken.

Jana Kärgel (Hrsg.)

Was ist Terrorismus? Und woher kommt er? Das Zeitbild ermöglicht eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Thema – mit den Ereignissen und Akteuren genauso wie mit den Opfern und dem Kampf dagegen.

2021 | 3935 | 7 €

Schriftenreihe für Kinder

Das Buchangebot für Kinder zwischen vier und zehn Jahren bietet vielfältige Themen rund ums demokratische Miteinander – und eine Menge Lesespaß. Die Reihe will Wissen vermitteln, aktuelle Fragen kindgerecht aufgreifen und junge Menschen in der Wahrnehmung ihrer Teilhabemöglichkeiten stärken.



→ Müll. Alles über die lästigste Sache der Welt

Gerda Raidt

Wie funktioniert die Müllentsorgung eigentlich? Was gilt überhaupt als Müll? Und was lässt sich gegen die zunehmenden Müllmassen auf der Erde unternehmen? Das Sachbilderbuch soll über den globalen Müllkreislauf aufklären und Kindern Handlungsoptionen aufzeigen.

2024 | 10835 | 1,50 €



→ Selma und Anton. Die Geschichte einer langen Freundschaft

Nina Kölsch-Bunzen/Marion Goedelt

Was bedeutet Antisemitismus, und welche Folgen kann er haben? Anhand der Geschichte von Selma und Anton nähert sich das Bilderbuch diesen Fragen mit Rücksicht auf die junge Zielgruppe behutsam an.

2023 | 10847 | 1,50 €

Pocket

Die Länderporträts im *Pocket*-Format bieten einen Einstieg in Geschichte, Politik und Gesellschaft eines Landes – handlich und für jede Reisetasche geeignet.



→ Pocket Schweden

Ralf Laumer

Von den Wikingern bis zum Wohlfahrtsstaat – Ralf Laumer zeigt auf fundierte und anschauliche Weise, was das Königreich im Norden der Europäischen Union auszeichnet und wie Schweden zu dem Land wurde, das es heute ist.

2023 | 2566 | 4,50 €

bbp: zeitschriften | didaktische materialien | dvds

www.bpb.de/shop

Bestellnummern (z. B. 10410) sind jeweils kursiv gesetzt.

Aus Politik und Zeitgeschichte (kostenlos)

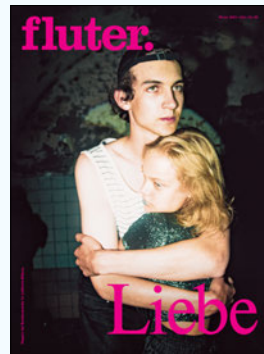


APuZ erscheint seit 1953 als Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«. Jede Ausgabe nimmt jeweils ein Thema aus verschiedenen Perspektiven in den Blick.

Zuletzt erschienen:

- **Naher Osten** (2024) | 72412
- **In guter Verfassung?** (2024) | 72409
- **Krim** (2024) | 72406
- **Industriepolitik** (2024) | 72404
- **Blackout** (2024) | 72401

fluter (kostenlos)



»fluter« ist das Jugendmagazin der bpb. Es beleuchtet Hintergründe und Diskussionen, liefert Argumente, zeigt Menschen und ihre Erfahrungen.

Zuletzt erschienen:

- **Liebe** (2023) | 5889
- **Neukölln** (2023) | 5888
- **Spiele** (2023) | 5887
- **Ukraine** (2023) | 5886
- **Feminismus** (2022) | 5885

Informationen zur politischen Bildung (kostenlos)



Die »Informationen zur politischen Bildung« sind ein bpb-Klassiker – nicht nur im Unterricht. Die »schwarzen Hefte« erscheinen vierteljährlich und sind kostenlos bestellbar.

Zuletzt erschienen:

- **Sport und Politik** (2024) | 4357
- **Türkei** (2023) | 4356
- **Medienkompetenz in einer digitalen Welt** (2023) | 4355
- **Soziale Ungleichheit** (2023) | 4354

Info aktuell (kostenlos)



Die kleine Schwester der »Informationen zur politischen Bildung«. Sie wird als kurze, informative Sonderausgabe zu aktuellen und für den Politikunterricht relevanten Fragen veröffentlicht.

Zuletzt erschienen:

- **Geschichtskultur im Unterricht** (2023) | 4040
- **Katar** (2022) | 4039
- **Jüdisches Leben in Deutschland vor 1945** (2021) | 4038

Themen und Materialien (kostenlos)



Die Ausgaben der Reihe bieten eine umfassende Sammlung von Arbeitsmaterialien zu größeren Themenbereichen für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit.

Zuletzt erschienen:

- **Das Wesen der Erfahrung** (2023) | 2496 | kostenlos
- **Glaubwürdigkeit in Politik, Medien und Gesellschaft** (2018) | 2494 | 4,50 €

Themenblätter im Unterricht (kostenlos)



Die Arbeitsblätter für ein bis zwei Doppelstunden zu aktuellen Themen aus Politik und Gesellschaft sind gedruckt, als ausfüllbare PDFs und als veränderbare OER nutzbar.

Zuletzt erschienen:

- **Kompromisse machen** (2023) | 5722
- **Schwangerschaftsabbruch** (2023) | 5721
- **Ausgebremst? Zukunft der Mobilität** (2023) | 5720

Thema im Unterricht/Extra (kostenlos)



Die Mappen behandeln auf 20 bis 36 Arbeitsblättern grundlegende Themen für den gesellschaftswissenschaftlichen Unterricht und sind auch als ausfüllbare PDFs verfügbar.

Zuletzt erschienen:

- **Europa für Einsteiger** (2023) | 5306
- **Medien für Einsteiger** (2022) | 5480
- **Was heißt hier Demokratie?** (2020) | 5399

Spicker (kostenlos)



Das Lexikon zum Selberbasteln! Alle wichtigen Informationen zu grundlegenden Themen aus Politik und Gesellschaft zusammengefasst auf einer DIN-A4-Seite.

Zuletzt erschienen:

- **Menschenrechte** (2023) | bpb.de/543038
 - **Politisches System der Türkei** (2023) | bpb.de/541984
- Alle Spicker: bpb.de/spicker

Falter und Zeitleisten

(kostenlos)



Die Falter und Zeitleisten im großen A0-/A1-Format bereiten auf einen Blick politische und historische Themen lebendig und verständlich auf.

Zuletzt erschienen:

- **Falter: Das parlamentarische System nach dem Grundgesetz** (2024) | 5447
- **Falter: Die Bundespräsidenten und Bundeskanzler/-in der Bundesrepublik Deutschland** (2022) | 5449

einfach POLITIK

(kostenlos)



Die Hefte und Hörbücher erklären Politik in einer einfachen Sprache. Sie sind verständlich für alle – auch für Menschen, denen das Lesen schwerfällt oder die Deutsch lernen.

Zuletzt erschienen:

- **einfach POLITIK: Europa wählt** (2024) | 9710
- **einfach POLITIK: Europa** (2024) | 9711
- **einfach POLITIK: Das Grundgesetz. Über den Staat** (2023) | 9428

HanisauLand



»HanisauLand« ist ein multimediales Angebot für Kinder und Jugendliche im Alter von 8 bis 14 Jahren: Information, Interaktion, Unterhaltung und Materialien für die Schule.

Zuletzt erschienen:

- **Zusammen leben in Deutschland** (Arbeitsheft für Schüler/-innen, Begleitheft für Lehrer/-innen verfügbar) (2017) | 5625 | kostenlos
- **Schule in Deutschland** (Arbeitsheft für Schüler/-innen) (2016) | 5623 | kostenlos

WAS GEHT?

(kostenlos)



Die Hefte zeigen Jugendlichen, wo überall in ihrem Alltag Politik steckt. Das Begleitheft für Pädagog/-innen bietet Anregungen für die Arbeit mit dem Heft im Unterricht.

Zuletzt erschienen:

- **Das Heft über Flucht und Asyl** (2024) | 9681
- **Das Heft über Social Media** (2023) | 9679
- **Das Heft über Tiere, Menschen und Umwelt** (2022) | 9677

Materialien zu Web-video-Formaten

(kostenlos)



Wie lassen sich Webvideos im Bildungskontext einsetzen? Verschiedene Materialien bieten thematische Zugänge sowie passgenaue Module zum Einsatz im Unterricht.

Zuletzt erschienen:

- **Bewegtbildung denken – Beiträge zu Webvideo und politischer Bildung im Social Web** (2020) | bpb.de/291111 (EPUB und PDF) | 2002
- **Begriffswelten Islam** (2019) | 9657

DVDs



Dokumentarfilme und Dramaserien, Lern-DVDs oder Filmklassiker. Das und noch viel mehr bietet die bpb auf DVD. Darüber hinaus gibt es CD-ROMs und Hörbücher auf CD.

Zuletzt erschienen:

- **Waldheims Walzer** (2020) | 1982 | 7 €
- **Somme. Filmische Propaganda im Ersten Weltkrieg** (2020) | 1975 | 7 €
- **Krieg der Träume** (2019) | 1981 | 10 €
- **Der Krieg und ich** (2019) | 1980 | 7 €

Timer – Notizkalender



Der informative Notizkalender bietet spannende Tagestexte und 53 Sprachen der Woche. Es bleibt genug Platz für Gedanken, To-do-Listen oder Termine.

Zuletzt erschienen:

- **Jedes Jahr neu – ab April vorbestellbar**
Mehr Infos unter: bpb.de/timer

...und was sagen Sie?

Wofür engagieren Sie sich?

Was bedeutet Demokratie für Sie?

Gestalten Sie einen Button, der zeigt, was Ihnen wichtig ist!

Welche Botschaft möchten Sie an die Welt senden?

Sagen Sie es uns!

Einfach unseren Vordruck ausfüllen und abschicken – entweder ausgeschnitten im Briefumschlag mit dem Betreff »Gewinnspiel bpb:magazin« (Kontaktdata siehe Impressum) oder als Foto per E-Mail an: magazin@bpb.de. Aus den Einsendungen verlosen wir unter allen Teilnehmenden ein Bücherpaket. Einsendeschluss ist der 15. Juni 2024.

Impressum

Herausgeberin:

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Bundeskanzlerplatz 2, 53113 Bonn
magazin@bpb.de
www.bpb.de

So erreichen Sie uns:

Tel. +49 (0)228 99515-0
Fax +49 (0)228 99515-113
info@bpb.de
www.facebook.com/bpb.de
www.x.com/bpb_de
www.instagram.com/bpb_de
<https://social.bund.de/@bpb>
www.bsky.app/profile/bpb.de

Präsident:

Thomas Krüger

Redaktionsleitung:

Daniel Kraft (V.i.S.d.P.), Miriam Vogel (verantwortlich)

Redaktionsteam:

Constantin Bachmayer, Fabian Christmann,
Katharina Reinhold, Nicolas Rose, Nele Wlodech

Vielen Dank allen Kolleginnen und Kollegen, die sich mit inhaltlicher und grafischer Beratung sowie Informationen eingebracht haben.

Lektorat:

Yvonne Paris, Bad Neuenahr

Gesamtgestaltung:

Leitwerk. Büro für Kommunikation
Gladbacher Straße 40, 50672 Köln

Druck:

Druckhaus Kaufmann GmbH
Raiffeisenstraße 29, 77933 Lahr

Vertrieb:

IBRo Versandservice GmbH
Verbindungsstraße 1, 18184 Roggentin

Erscheinungshinweise:

zweimal jährlich, kostenloses Abo: magazin@bpb.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

12.03.2024

Der Umwelt zuliebe drucken wir dieses Magazin auf dem Recyclingpapier Recycsat (Umschlag) und Charisma silk (Inhalt). 100% Altpapier.

Gastbeiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder – sie sind aus der Perspektive der Verfasserin / des Verfassers geschrieben. Nachdruck, Aufnahme in Online-Dienste und Internet sowie Vervielfältigung auf Datenträger wie CD-ROM, DVD-ROM etc. nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung der bpb. Für unverlangte Einsendungen keine Gewähr. Irrtümer und Druckfehler vorbehalten.

Titelbild: Georg Steinmetz / Agentur Focus

Bildnachweis:

Roland Geisheimer / attenzione / Agentur Focus (S. 6), picture alliance / photothek (S. 9), Cigdem Ucuncu / NarPhotos / laif (S. 10), picture alliance / ZB / euroluftbild.de (S. 12), Thomas Victor (S. 14–19), Eric Greven (S. 32–35), Pierre Adenis / laif (Magazinrückseite)

Illustrationen:

Alle Illustrationen wurden erstellt von Leitwerk. Büro für Kommunikation



GRUNDGESETZ
für die Bundesrepublik Deutschland

Wir feiern dich, Grundgesetz!

Dieses Jahr wird das Grundgesetz 75 Jahre alt – die Basis unserer Demokratie. Ein Grund zu feiern – im Mai steht der Jubilar bei uns im Mittelpunkt. Mit einem Festakt in Bonn und verschiedenen Aktionen auf Bürgerfesten in Bonn und Berlin feiern wir Freiheit, Frieden und Demokratie!

Weitere Informationen unter www.bpb.de/veranstaltungen

7
50 JAHRE
GG

bpb:

weiterlesen: bpb.de

>> Politisches Wissen im Internet: Dossiers, Videos, Podcasts, Infografiken, Apps und vieles mehr



Alles zum Thema Demokratie:
www.bpb.de/demokratie